

---

**OSZE-Vorsitz: Polen****FSK-Vorsitz: Aserbaidshan****85. GEMEINSAME SITZUNG (SONDERSITZUNG)  
DES STÄNDIGEN RATES UND  
DES FORUMS FÜR SICHERHEITSKOOPERATION**

1. Datum: Freitag, 18. Februar 2022 (im Neuen Saal und über Videokonferenz)

Beginn: 10.00 Uhr

Schluss: 12.10 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter A. Hałaciński (StR) (Polen)  
F. Osmanov (FSK) (Aserbaidshan)

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: ERÖFFNUNGSWORTE DES VORSITZENDEN DES  
STÄNDIGEN RATES UND DES VORSITZENDEN  
DES FORUMS FÜR SICHERHEITSKOOPERATION

Vorsitz (StR), Vorsitz (FSK)

Punkt 2 der Tagesordnung: AKTIVIERUNG VON ABSATZ 16.3 DES WIENER  
DOKUMENTS 2011 ÜBER VERTRAUENS- UND  
SICHERHEITSBILDENDE MASSNAHMEN,  
KAPITEL III „MECHANISMUS FÜR KONSULTA-  
TIONEN UND ZUSAMMENARBEIT IN BEZUG  
AUF UNGEWÖHNLICHE MILITÄRISCHE AKTIVI-  
TÄTEN“, ABSATZ 16.3 „TREFFEN ALLER TEIL-  
NEHMERSTAATEN IN BEZUG AUF UNGEWÖHN-  
LICHE MILITÄRISCHE AKTIVITÄTEN“

Vorsitz (FSK), Ukraine (Anhang 1), Kanada (Anhang 2), Frankreich –  
Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und  
Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und  
EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Georgien,  
Moldau und der Ukraine) (Anhang 3), Island (Anhang 4), Deutschland (auch  
im Namen Frankreichs) (Anhang 5), Litauen (Anhang 6), Rumänien

(Anhang 7), Vereinigte Staaten von Amerika (Anhang 8), Albanien (Anhang 9), Schweden (Anhang 10), Bulgarien (Anhang 11), Dänemark (Anhang 12), Moldau (FSC-PC.DEL/23/22), Niederlande (Anhang 13), Lettland (Anhang 14), Italien (Anhang 15), Irland (Anhang 16), Georgien (Anhang 17), Vereinigtes Königreich (Anhang 18), Norwegen (Anhang 19), Türkei (Anhang 20), Estland (Anhang 21), Schweiz (FSC-PC.DEL/18/22 OSCE+), Vorsitz (StR)

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

keine

4. Nächste Sitzung:

wird noch bekanntgegeben



**Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa**  
**Ständiger Rat**  
**Forum für Sicherheitskooperation**

FSC-PC.JOUR/72  
18 February 2022  
Annex 1

GERMAN  
Original: ENGLISH

---

**85. Gemeinsame Sitzung des StR und des FSK**  
FSK-StR-Journal Nr. 72, Punkt 2 der Tagesordnung

## **ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER UKRAINE**

Herr Vorsitzender,

wir danken Ihnen für Ihre Bemühungen, rasch und effizient auf unsere, von vielen Teilnehmerstaaten geteilten Besorgnisse betreffend die fortgesetzten ungewöhnlichen militärischen Aktivitäten der Russischen Föderation zu reagieren.

Da Russland nicht willens war, bei den Konsultationen vor zwei Tagen, am 16. Februar, in einen konstruktiven Dialog einzutreten und damit die Besorgnisse der Ukraine und anderer Teilnehmerstaaten zu beseitigen, sind wir an den OSZE-Vorsitz herangetreten, mit der Bitte, eine weitere gemeinsame Sitzung der beiden regulären Beschlussfassungsorgane der OSZE einzuberufen.

Den Vorsitzenden des Ständigen Rates und des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) möchte ich für die Einberufung dieser Sitzung auf Ersuchen der Ukraine danken.

Es ist jedoch bedauerlich, dass Russland sich für die gleiche Vorgehensweise wie vor zwei Tagen entschieden hat und nicht an der heutigen gemeinsamen Sitzung teilnimmt.

Die Entscheidung der Ukraine, die Mechanismen nach Kapitel III des Wiener Dokuments zu aktivieren, fußte auf einer sorgfältigen und gründlichen Bewertung der Sicherheitslage in der Nähe unserer Grenze zur Russischen Föderation und in den vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine durch die ukrainische Führung.

Dass an den Konsultationen, die vor zwei Tagen stattfanden, 44 Teilnehmerstaaten teilgenommen haben, macht deutlich, dass die überwältigende Mehrheit der Teilnehmerstaaten die aktuellen militärischen Aktivitäten Russlands sehr ernst nimmt.

Nach unserer Einschätzung, die sich auf Fakten aus verschiedenen Quellen stützt, sind derzeit zwischen 87 und 100 taktische Gruppen in Bataillonsstärke beziehungsweise zwischen 126 500 und 150 000 Mann in unmittelbarer Nähe der ukrainischen Grenze und auf der besetzten Halbinsel Krim disloziert.

Diese Kräfte werden durch 54 Iskander-Raketensysteme, mehr als 1 800 Panzer, über 4 800 gepanzerte Kampffahrzeuge, mehr als 1 700 Artilleriesysteme und über 600 Mehrfachraketenwerfer unterstützt. Zusätzlich wurden rund 430 Kampfflugzeuge und 360 Hubschrauber für den Einsatz in Richtung Ukraine bereit gemacht.

Gleichzeitig stärkt Russland sein Potenzial für amphibische Operationen im Schwarzen Meer, indem es Raketen, Raketenartillerie und Landungsfahrzeuge der Baltischen Flotte und der Nordflotte sowie der Kaspischen Flottille verlegt. Der Marineverband in der Region umfasst etwa 70 Schiffe und Boote, darunter 11 Landungsschiffe und etwa 30 Landungsboote.

Kann aus Sicht der Ukraine ein Zweifel daran bestehen, dass eine solche Konzentration von Truppen und Ausrüstung durch Russland militärisch bedeutsam ist?

Es gibt keinen Grund, der die Stationierung von Streitkräften in dieser Zahl und die Durchführung groß angelegter militärischer Aktivitäten in den an die Ukraine angrenzenden Gebieten rechtfertigen würde.

Die Ukraine betrachtet diese Aktivitäten und diese Konzentration von Kräften und Gerät durch Russland als militärisch bedeutsam.

Um die internationale Gemeinschaft zu beruhigen, hat die russische Regierung in den letzten Tagen eine Reihe von Erklärungen abgegeben und versucht, uns davon zu überzeugen, dass einige Truppenteile ihre Teilnahme an der Militärübung bereits abgeschlossen hätten und dass ihre Ausrüstung auf Eisenbahnwagen verladen worden sei, damit diese Truppenteile zu ihren Friedensstandorten zurückkehren könnten.

Ähnliche Erklärungen wurden im April letzten Jahres verbreitet, aber letztendlich wurde das militärische Gerät an verschiedenen Standorten in der Nähe der ukrainischen Grenze belassen.

Können wir also den Aussagen diesmal vertrauen?

Mit Sicherheit nicht. Es gibt aus unserer Sicht keine Bestätigung dafür, dass die russischen Truppen von den ukrainischen Grenzen weg verlegt werden, vielmehr ist das Gegenteil der Fall.

Erlauben Sie mir, hier zu zitieren, was der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba kürzlich sagte: „Erklärungen über einen Abzug sind nicht ausreichend. Wir brauchen Transparenz und Fakten. Wenn den Erklärungen ein echter Abzug folgt, glauben wir an den Beginn einer echten Deeskalation.“

Die gestrigen alarmierenden Entwicklungen in bestimmten Gebieten der Regionen Donezk und Luhansk, die von den russischen Besatzungstruppen kontrolliert werden, haben jedoch gezeigt, wie weit wir von einer solchen Deeskalation entfernt sind.

Eine militärische Option ist im Kreml nach wie vor im Gespräch.

Gestern führten die russischen bewaffneten Truppenformationen ab 4.55 Uhr morgens in provozierender Absicht mehr als 40 Artillerieangriffe entlang der gesamten Kontaktlinie durch.

Es wurden nicht nur Stellungen der ukrainischen Streitkräfte unter Beschuss genommen, sondern vor allem gezielt zivile Objekte und Infrastruktureinrichtungen.

Die Angriffe erfolgten überwiegend mit Waffen, die nach den Minsker Vereinbarungen verboten sind, darunter Artillerie, Maschinengranatwerfer, Mörser und Panzer.

Im Laufe des Tages wurden Dutzende von Siedlungen beschossen, darunter die folgenden:

- Nowotoschkiwske, mit 122-mm-Artillerie, 122-mm-Kaliber und Dreibein-Maschinengranatwerfern zur Panzerabwehr
- Wodjane, mit 122-mm-Mörsern, Dreibein-Maschinengranatwerfern zur Panzerabwehr und automatischen Maschinengranatwerfern
- Trudiwske, mit 82-mm-Mörsern
- Starohnatiwka, mit 120-mm- und 82-mm-Mörsern, automatischen Maschinengranatwerfern, schweren Maschinengewehren und Kleinwaffen
- Saryj Ajdar, mit 120-mm-Mörsern
- Marijnka, mit 120-mm-Mörsern
- Piwdenne und Majorsk, mit 82-mm-Mörsern und automatischen Maschinengranatwerfern
- Lobatschewe, mit 82-mm-Mörsern
- Nowoseliwka Druga, mit Panzerabwehrraketensystemen
- Luhanske, mit 122-mm-Artillerie und 120-mm-Mörsern
- Switlodarsk, mit 120-mm-Mörsern und schweren Maschinengewehren
- Trojzke, mit Panzern und 120-mm- und 82-mm-Mörsern
- Popasna, mit Dreibein-Maschinengranatwerfern zur Panzerabwehr
- Sajtsewe, mit automatischen Maschinengranatwerfern
- Awdijwka, Schumy, Trawnewe, Newelske und Donezkyj, mit 120-mm-Mörsern
- Nowoswanika, mit 152-mm-Artillerie

- Stanyzja Luhanska, mit 122-mm-Artillerie, 120-mm- und 82-mm-Mörsern und automatischen Maschinengranatwerfern
- Pisky, mit 82-mm-Mörsern und Dreibein-Maschinengranatwerfern zur Panzerabwehr
- Holmiwskyj, mit 120-mm-Mörsern und automatischen Maschinengranatwerfern
- Chyrjaschtschiwka, mit 122-mm-Artillerie

Ich möchte Ihnen auch einige detailliertere Informationen geben.

Wie ich bereits gestern auf der regulären Sitzung des Ständigen Rates erklärt habe, wurde gegen 8.50 Uhr Stanyzja Luhanska beschossen. Dabei wurde eine Kindertagesstätte getroffen. Zwanzig Kinder und achtzehn Mitarbeitende hielten sich zu diesem Zeitpunkt in den Räumlichkeiten auf. Infolge des Beschusses erlitten drei Erwachsene Gehirnerschütterungen.

Einige Stunden später, um ungefähr 10.25 Uhr, wurde gezieltes Artilleriefeuer auf eine weitere Siedlung, Wrubiwka, gerichtet. Eines der Geschosse schlug auf dem Schulhof des Lyzeums ein, als sich dreißig Schülerinnen und Schüler und vierzehn Personalangehörige auf dem Gelände befanden.

Diese vorsätzlichen gezielten Angriffe auf zivile Einrichtungen sind eindeutig als Kriegsverbrechen einzustufen.

Wir danken dem Amtierenden Vorsitzenden der OSZE und Außenminister Polens Zbigniew Rau für seine prompte Reaktion auf diese jüngsten schweren Akte der Aggression.

Der Beschuss von zivilen Objekten und die Gefährdung von Zivilpersonen sind auf das Schärfste zu verurteilen und rufen nach einer umgehenden Reaktion. Wir müssen allerdings stets wachsam bleiben und auf weitere Handlungen Russlands gefasst sein.

Parallel zum sich verstärkenden Beschuss verschärft die Russische Föderation ihre Kriegsrhetorik. Die Bilder des beschädigten Kindergartens werden verwendet, um ukrainische Militärangehörige zu diffamieren und sie zu beschuldigen, die besetzten Gebiete selbst beschossen zu haben. Dies deutet darauf hin, dass Russland nach wie vor darauf hinarbeitet, einen Casus belli zu schaffen.

In diesem Zusammenhang möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf eine amtliche Erklärung lenken, die der Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte, Generalleutnant Walerij Saluschnyj, gestern am späten Abend im Hinblick auf mögliche Provokationen in den besetzten Gebieten abgegeben hat.

Ich zitiere:

„In einigen Siedlungen in den vorübergehend besetzten Gebieten, insbesondere in Donezk, ist die Evakuierung der örtlichen Bevölkerung geplant, da sich die Lage möglicherweise verschlimmern wird. Wir erklären offiziell, dass sich die Streitkräfte der Ukraine strikt an die Minsker Vereinbarungen und die Normen des humanitären

Völkerrechts halten und dass wir keine Offensivoperationen und keinen Beschluss der Zivilbevölkerung planen. Unser Handeln ist rein defensiv. Die Russische Föderation ist als Besatzungsmacht für die Lage in den vorübergehend besetzten Gebieten verantwortlich. Jeder Schaden, der den Menschen oder der Infrastruktur in den vorübergehend besetzten Gebieten zugefügt würde, wäre eine Provokation. Die Ukraine informiert die internationalen Organisationen hiermit, dass solche Provokationen derzeit vorbereitet werden. Die Ukraine hat um die dringliche Einberufung eines außerordentlichen Treffens der Arbeitsgruppe Sicherheit der Trilateralen Kontaktgruppe (TKG) und im Anschluss daran eine Sitzung der TKG selbst zur Behandlung der Verletzungen der Waffenruhe am 17. Februar ersucht.“

Zitat Ende.

Darüber hinaus wurde gestern ein etwa zehnteitiges Schreiben der Russischen Föderation veröffentlicht, in dem diese auf die Vorschläge der Vereinigten Staaten von Amerika eingeht.

Es enthält die klare Botschaft, dass Russland sich weigert, seine Kräfte aus bestimmten Regionen der Russischen Föderation abzuziehen. Meines Erachtens sollten wir davon ausgehen, dass sich dies auf die Regionen an der Grenze zur Ukraine bezieht.

Nur: Was ist dann von den früheren Aussagen zu halten, denen zufolge manche Truppenteile schon auf dem Weg zurück seien?

Auch dieses Schreiben enthält ein Ultimatum und droht mit dem Einsatz von militärischer Gewalt und Technologie für den Fall, dass die russischen Forderungen nicht erfüllt werden.

Handelt es sich hier etwa nicht um die Androhung von Gewalt gegenüber Nachbarn?

Handelt es sich nicht um einen Versuch, einen weit hergeholten Vorwand für einen regelrechten bewaffneten Angriff zu schaffen?

Macht dies nicht deutlich, warum die russischen Truppen an der Grenze der Ukraine verbleiben?

Verehrte Kolleginnen und Kollegen,

die Ukraine ist nach wie vor davon überzeugt, dass sich die Diplomatie durchsetzen wird. Das ist der Weg, für den wir uns entschieden haben.

Wir werden weiterhin mit unseren Partnern an der Wiederbelebung der Bemühungen im Rahmen des Normandie-Formats und der Trilateralen Kontaktgruppe (TKG) arbeiten.

Wir werden weiterhin verlangen, dass die Russische Föderation ihren OSZE-Verpflichtungen nachkommt, einschließlich derjenigen in Bezug auf militärische Transparenz, auf die Verminderung der Risiken und auf die Umsetzung vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen (VSBM).

Dies ist für unser aller Sicherheit von entscheidender Bedeutung.

Wir werden Russland immer wieder daran erinnern, dass die *raison d'être* der OSZE die kooperative Sicherheit ist.

Damit ist gemeint, dass OSZE-Dokumente nicht selektiv zur Rechtfertigung der Wiederherstellung von Einflussphären benutzt werden können, sondern dass die bestehenden Verfahren und Formate in der OSZE so angewandt werden müssen, dass den Sicherheitsbesorgnissen anderer Teilnehmerstaaten nach Treu und Glauben Rechnung getragen wird.

Ich bin jedoch der Meinung, dass unsere heutige Sitzung nicht einfach mit einer Zusammenstellung der von den Delegationen im Laufe der Sitzung vorgebrachten Empfehlungen enden sollte.

Trotz aller früheren Empfehlungen, die die Delegationen im April 2021 ausgesprochen hatten, ist es im Anschluss daran zu keiner nennenswerten Deeskalation gekommen. Vielmehr wurden unter völliger Missachtung dieser Empfehlungen die Truppen an den Grenzen zur Ukraine zusätzlich verstärkt.

Da Russland seine Forderungen mit zusätzlicher militärischer Schlagkraft untermauert, sollten wir unseren Empfehlungen durch weitere konsequente Schritte Nachdruck verleihen. Unser heutiges Treffen in Wien sollte nicht mit Vorschlägen enden, die Russland höchstwahrscheinlich ohnehin ignorieren würde.

Unserer Überzeugung nach sollten die diese Woche geführte Erörterung nach dem Wiener Dokument und die Zusammenstellung unserer jeweiligen Empfehlungen die Grundlage für die Fortsetzung der Beratungen und die Ausarbeitung konkreter Maßnahmen in verschiedenen Formaten in Brüssel und anderen Hauptstädten bilden, die Russland dazu veranlassen sollen, den Weg der Deeskalation einzuschlagen.

Wenn die Russische Föderation es mit ihren Aussagen über die Unteilbarkeit der Sicherheit im OSZE-Raum ernst meint, muss sie ihre Verpflichtung zur militärischen Transparenz erfüllen, um Spannungen abzubauen und die Sicherheit für alle Teilnehmerstaaten zu stärken. Wir fordern die Russische Föderation nachdrücklich auf, umgehend auf die heute ausgesprochenen Empfehlungen zu reagieren und diese zu berücksichtigen.

## **Empfehlungen**

Im Hinblick auf die Maßnahmen zur Klarstellung der Lage und zur Beendigung der Aktivitäten, die Besorgnis auslösen, empfehlen wir, dass alle einschlägigen Bestimmungen des Wiener Dokuments und anderer VSBM voll ausgeschöpft werden; insbesondere:

- empfehlen wir der Russischen Föderation,
  - unverzüglich Maßnahmen zur Deeskalation der Lage zu ergreifen, alle geäußerten Besorgnisse zu beseitigen und die militärische Transparenz in der Region zu erhöhen,

- die Dislozierung militärischer Kräfte an den Grenzen zur Ukraine und in den vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine unverzüglich rückgängig zu machen und die zusätzlich dislozierten Truppen abziehen,
- einen substanziellen Dialog und konstruktive Konsultationen innerhalb der OSZE aufzunehmen,
- im Einklang mit ihren Verpflichtungen aus dem Wiener Dokument 2011 glaubwürdige Informationen über ihre militärischen Aktivitäten zu übermitteln, insbesondere über Umfang und Struktur ihrer ständig und zusätzlich in den betreffenden Gebieten dislozierten Truppen, die beteiligten Hauptwaffensysteme und Großgeräte sowie die Dauer der Dislozierung und die Standorte der dislozierten Truppen,
- den Teilnehmerstaaten Informationen über die im Rahmen der Übung „Entschlossenheit der Union 2022“ nach Belarus verlegten russischen Truppen zu übermitteln,
- die Sicherheitslage im Donbass zu stabilisieren und eine vollständige und umfassende Waffenruhe im Einklang mit den Minsker Vereinbarungen und den verschiedenen Beschlüssen des Normandie-Quartetts und in der TKG getroffenen Vereinbarungen sicherzustellen,
- im FSK regelmäßig freiwillige Unterrichtungen über ihre militärischen Aktivitäten in den Grenzgebieten durchzuführen.

Wir sind jedoch nach wie vor überzeugt, dass das wirksamste Mittel zur Beseitigung unserer Besorgnisse im unverzüglichen Rückzug seiner Truppen durch Russland von der Grenze zur Ukraine und aus der vorübergehend besetzten Halbinsel Krim, in der Abkehr von seiner Kriegsrhetorik, von der Androhung der Anwendung von Gewalt und von seiner Desinformationskampagne gegen die Ukraine sowie in der Erfüllung der Sicherheitsbestimmungen der Minsker Vereinbarungen und seiner Verpflichtungen nach dem Wiener Dokument nach Treu und Glauben bestehen würde.

Herr Vorsitzender, ich bitte Sie, diese Empfehlungen und unsere Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

Danke, Herr Vorsitzender.

---

**85. Gemeinsame Sitzung des StR und des FSK**  
FSK-StR-Journal Nr. 72, Punkt 2 der Tagesordnung**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION KANADAS**

Verehrte(r) Vorsitzende(r),

vielen Dank für die Einberufung dieser wichtigen gemeinsamen Sondersitzung. Wir wissen Ihre Bemühungen und die Ihrer Teams angesichts der dringlichen und beunruhigenden Lage zu schätzen.

Kanada ist zutiefst besorgt über den anhaltenden Aufmarsch militärischer Kräfte und militärischer Ausrüstung entlang der Ostgrenze der Ukraine, auf der rechtswidrig besetzten Halbinsel Krim im Süden der Ukraine und nun auch entlang der Nordgrenze der Ukraine in Belarus. Die groß angelegten Bewegungen von Truppen, Panzern und anderen Artillerieeinheiten samt Unterstützungselementen, großen Teilen der Heeresfliegerei und offensiven Raketensystemen – all dies ohne vorherige Ankündigung – stellen bedrohliche und destabilisierende Aktivitäten dar. Diese wurden soeben von Botschafter Tsymbaliuk in vielsagender Ausführlichkeit dargelegt. Sie gehen auch mit einer beispiellosen Marineaktivität im Schwarzen Meer und einer fast vollständigen Sperrung der an die Küstenregionen der Ukraine angrenzenden Gewässer einher. Besonders besorgniserregend ist die Ankunft von amphibischen Angriffsschiffen – ganz klar eine weitere Eskalationsstufe. All dies stellt das größte Aufgebot an Kampfkraft auf dem europäischen Kontinent seit dem Ende des Kalten Krieges dar. Lassen Sie uns Missverständnisse oder Verharmlosungen vermeiden: Wir befinden uns in einer schweren Krise.

Kanada ist ebenso zutiefst besorgt über die anhaltenden Versuche Russlands, ein falsches Narrativ über die ukrainischen Absichten zu verbreiten und angebliche „Provokationen“ zu inszenieren, die offenbar einen Vorwand für mögliche Offensivaktionen im Donbass schaffen sollen. Beispiele dafür konnten wir sogar in den letzten Tagen beobachten, wie von Botschafter Tsymbaliuk berichtet. Berichte über zunehmende Cyberangriffe und andere bösartige Aktivitäten gegen die Ukraine geben ebenfalls Anlass zu großer Besorgnis. Wir unterstützen die Bemühungen der Ukraine, dieser bösartigen Desinformationskampagne und den Cyberangriffen entgegenzutreten, weiterhin voll und ganz.

Wir haben die Erklärungen Russlands vernommen, dass einige russische Truppen ihre „Übungen“ abgeschlossen hätten und sich auf dem Rückweg zu ihren Heimatstandorten befänden. Allerdings gibt es bisher keine Belege dafür, dass eine solche Deeskalation

tatsächlich stattfindet. Frei zugängliche Satellitenbilder deuten vielmehr auf das Gegenteil hin: Nicht nur beläuft sich die russische Truppenstärke an der Grenze zur Ukraine nunmehr auf mehr als 150 000 Mann, sondern auch der Strom weiterer russischer taktischer Gruppen in Bataillonsstärke in Richtung der Ukraine hält an.

In diesem Zusammenhang begrüßen wir die Bemühungen der Ukraine, von den Mechanismen zur Verminderung der Risiken Gebrauch zu machen, die das Wiener Dokument bietet, im Bemühen, die Lage zu deeskalieren und um sich Klarheit sowohl über Umfang und Größenordnung dieser Bewegungen als auch über ihren strategischen Zweck zu verschaffen.

Die Antwort Russlands auf das begründete F10-Ersuchen der Ukraine um Informationen über „ungewöhnliche militärische Aktivitäten“ versuchte weder auf die berechtigten Besorgnisse eines benachbarten Teilnehmerstaats einzugehen noch den Eindruck einer böswilligen Absicht zu zerstreuen. Darüber hinaus war die Weigerung Russlands, an der vom Amtierenden Vorsitzenden für 15. Februar einberufenen Sondersitzung teilzunehmen, ein weiteres eindeutiges Zeichen für den mangelnden Willen Russlands, die Lage zu deeskalieren.

Wir sind natürlich zutiefst enttäuscht, dass die Russische Föderation sich entschieden hat, nicht an dieser gemeinsamen Sitzung teilzunehmen oder sich überhaupt nach Treu und Glauben an irgendeinem der Mechanismen zur Verminderung der Risiken nach dem Wiener Dokument zu beteiligen.

Russland behauptet, nichts Böses im Schilde zu führen und nicht die Absicht zu einem aggressiven Vorgehen gegenüber seinem Nachbarland zu hegen, weigert sich jedoch durchgängig, sich an Mechanismen zu beteiligen, die tatsächlich für Transparenz sorgen würden. Somit drängt sich uns der Schluss auf, dass Russland ausschließlich nach seinen eigenen Vorstellungen zu einer Mitarbeit im Sinne des Wiener Dokuments willens ist und sich nicht im Geringsten um unsere gemeinsamen Verpflichtungen zu gegenseitiger Transparenz schert. Bemerkenswerterweise nutzt Russland jede Gelegenheit, um von den im Wiener Dokument vorgesehenen Mechanismen Gebrauch zu machen, indem es regelmäßig an Besuchen teilnimmt und Inspektionen in anderen Teilnehmerstaaten durchführt, zugleich aber im Hinblick auf die beabsichtigte Gegenseitigkeit der Bestimmungen des Wiener Dokuments einen minimalistischen, quertreiberischen Ansatz verfolgt. Mit anderen Worten: Russland unterstützt das Wiener Dokument, wenn es für Russland wichtig ist, aber nicht, wenn es für andere wichtig ist.

Wir fordern Russland auf, seinen Verpflichtungen nach dem Wiener Dokument 2011 sowohl dem Buchstaben als auch dem Geist nach vollständig nachzukommen und eine vernünftige und wohl überlegte Antwort in Bezug auf seine groß angelegte militärische Aktivität zu geben, die sich auf deren umfassendere Absicht konzentriert. Das Wiener Dokument stellt diese Instrumente zur Verfügung.

Wenn Russland darauf nicht eingeht, bleiben für uns zahlreiche beunruhigende Fragen offen:

- Warum beteiligt sich Russland nicht an den jüngsten Aktivitäten, die nach Kapitel III des Wiener Dokuments anberaumt wurden? Die heutige Sitzung zeigt dies deutlich.

- Warum nutzt es nicht die Gelegenheit, den benachbarten Teilnehmerstaaten eine Offenheit und Transparenz zu vermitteln, die helfen würden, die Besorgnisse zu zerstreuen?
- Warum setzt es seine aggressive Rhetorik fort, wenn es keine bösen Absichten hat?
- Sollte Russland seine Truppen wirklich an ihre Friedensstandorte zurückverlegen, warum bietet es dann nicht zusätzliche Transparenz und legt die Personalstärke der Truppen, ihren gegenwärtigen Standort und den genauen Zeitpunkt ihrer Rückkehr an ihre Heimatstandorte offen?

Wenn Russlands Angaben der Wahrheit entsprechen, was hat es dann zu verbergen? Dieser Mangel an Zusammenarbeit hinterlässt den deutlichen Eindruck, dass Russland jeglichen Bemühungen um einen Abbau der Spannungen mit seinen Nachbarn aus dem Weg zu gehen versucht.

Wir fordern Russland erneut auf, nach Treu und Glauben zu handeln und auf die Besorgnisse nicht nur seiner Nachbarn, sondern überhaupt der überwiegenden Mehrheit der OSZE-Teilnehmerstaaten einzugehen.

Kanada unterstützt nach wie vor unverbrüchlich die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen, einschließlich ihrer Schifffahrtsrechte in ihren Hoheitsgewässern und darüber hinaus.

Wir zollen der Ukraine Respekt für ihre Zurückhaltung, zumal angesichts der provozierenden Handlungen Russlands. Es ist klar, dass die Ukraine eine friedliche Lösung dieser Krise wünscht. Wir hoffen aufrichtig, dass die Russische Föderation den Weg der Diplomatie und des Dialogs wählt und diese gefährliche Lage unverzüglich deeskaliert.

Danke, Herr Vorsitzender.



**Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa**  
**Ständiger Rat**  
**Forum für Sicherheitskooperation**

FSC-PC.JOUR/72  
18 February 2022  
Annex 3

GERMAN  
Original: ENGLISH

---

**85. Gemeinsame Sitzung des StR und des FSK**  
FSK-StR-Journal Nr. 72, Punkt 2 der Tagesordnung

## **ERKLÄRUNG**

### **DER VERTRETERIN DER EUROPÄISCHEN UNION**

Die Delegation Frankreichs übergab als EU-Vorsitzland das Wort an die Vertreterin der Europäischen Union, die folgende Erklärung abgab:

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten begrüßen diese gemeinsame Sitzung des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) und des Ständigen Rates, die durch ihre Vorsitze Polen und Aserbaidschan auf Ersuchen der Delegation der Ukraine einberufen wurde. Angesichts der derzeitigen erhöhten Spannungen und der unverhohlenen Weigerung Russlands, sich auf einen substanziellen Dialog einzulassen, ist diese Erörterung in dieser besonderen Konstellation, wie in Kapitel III des Wiener Dokuments vorgesehen, dringend erforderlich.

Verehrte Kovorsitzende, Russlands beispielloser und bedrohlicher massiver militärischer Aufmarsch und seine entsprechenden Truppenbewegungen in der Nähe der Grenze zur Ukraine sowie seine mangelnde Bereitschaft, ausreichende Transparenz hinsichtlich der Dislozierung von Kampftruppen in Belarus und der gemeinsamen Militärübungen mit Belarus zu gewährleisten, geben Anlass zu großer Sorge. Darüber hinaus tragen die verstärkte russische Militärpräsenz im Schwarzen und Asowschen Meer und auf der widerrechtlich annektierten Halbinsel Krim sowie die Sperrung großer Teile des Schwarzen Meeres zur derzeitigen Eskalation und zur Gefahr der Gewaltanwendung auch im maritimen Bereich bei. Bislang konnten wir an den Grenzen zur Ukraine keinerlei Hinweise auf eine Deeskalation beobachten. Es wurden keine glaubwürdigen und verifizierbare Informationen über diese ungewöhnlichen militärischen Aktivitäten vorgelegt. Wir haben auch keine Hinweise darauf erkennen können, dass die Russische Föderation bereit wäre, sich auf den dringend nötigen Dialog einzulassen, um die berechtigten und schwerwiegenden Besorgnisse der Ukraine sowie zahlreicher anderer Teilnehmerstaaten zu beseitigen.

Wir sind auch besorgt über die zunehmend aggressive Rhetorik und die jüngsten falschen Anschuldigungen gegen die Ukraine. Vor diesem Hintergrund und unter Berücksichtigung der jüngsten Erfahrungen der Ukraine bringen wir unser volles Verständnis und unsere Unterstützung für die Entscheidung der Ukraine zum Ausdruck, den Mechanismus zur Verminderung der Risiken nach Absatz 16 des Wiener Dokuments zu aktivieren. Die

Äußerung von Besorgnissen über ungewöhnliche militärische Aktivitäten und die Drohgebärden eines benachbarten Teilnehmerstaates ist keine Provokation, sondern ein legitimes Recht.

Bedauerlicherweise ist Russland auch heute nicht anwesend, um die von der Ukraine und anderen interessierten Teilnehmerstaaten gestellten Fragen zu beantworten. Wir betonen, dass der Schlüssel zur Verminderung der Risiken und der Beseitigung von Besorgnissen darin liegt, nach Treu und Glauben auf unseren gemeinsamen Konsultationsmechanismus nach Kapitel III des Wiener Dokuments, eine vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahme, einzugehen. Die Nichteinhaltung dieser Verpflichtung durch Verweigerung eines inhaltlichen Dialogs untergräbt die Ziele und den Geist des Wiener Dokuments und ist respektlos gegenüber der Organisation und allen Teilnehmerstaaten.

In dieser Woche wurde von Litauen, Lettland und Estland der Mechanismus zur Verminderung der Risiken ein weiteres Mal, diesmal im Hinblick auf ungewöhnliche militärische Aktivitäten in der Republik Belarus, aktiviert. Auch wenn wir es zu schätzen wissen, dass Belarus im Gegensatz zu Russland den Dialog aufgenommen hat, bedauern wir, dass unsere belarussischen Kollegen nicht das erforderliche Maß an Transparenz über die Personalstärke, den Umfang und die Größenordnung der militärischen Aktivitäten im Zusammenhang mit der Übung „Entschlossenheit der Union 2022“ und der nicht näher beschriebenen „Grenzschutzmaßnahmen“ in der Nähe der Staatsgrenze zwischen Belarus und der Ukraine geschaffen haben. Letzteres ist ebenfalls ein Grund zu ernster Besorgnis, die Russland beseitigen könnte, wenn es in konstruktiver Weise an dem heutigen Treffen teilnähme.

Auf dem Treffen am 15. Februar, das nach Absatz 16.2 des Wiener Dokuments organisiert wurde und dem Russland fernblieb, stellten wir eine Reihe konkreter Fragen zum laufenden militärischen Aufmarsch Russlands. Diese Fragen wurden nicht beantwortet und sind auch heute noch aktuell. Wir fordern Russland dringend auf, diese Fragen, die zur Information auch an alle Teilnehmerstaaten verteilt wurden, zur Kenntnis zu nehmen und substantielle, überprüfbare Antworten zu geben, um unsere Besorgnisse zu beseitigen.

Wir erinnern an unseren grundsätzlichen Standpunkt, dass die vollständige Umsetzung der Minsker Vereinbarungen der einzig gangbare Weg ist. Wir unterstreichen die diesbezügliche Verantwortung Russlands als Konfliktpartei. Wir unterstützen mit Nachdruck die Bemühungen sowohl des Normandie-Formats als auch der Trilateralen Kontaktgruppe um eine friedliche Beilegung des Konflikts, unter voller Achtung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen. Die Arbeit der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine ist von entscheidender Bedeutung, und wir fordern Russland auf, dafür zu sorgen, dass die Mission ihr Mandat in vollem Umfang erfüllen kann und im gesamten Gebiet der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen uneingeschränkte Bewegungsfreiheit und uneingeschränkter Zugang genießt.

Wir erinnern an unsere unverbrüchliche Unterstützung für die Souveränität, territoriale Integrität, Einheit und Unabhängigkeit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen und fordern Russland auf, es uns gleichzutun. Wir verurteilen nachdrücklich die eindeutige Verletzung der ukrainischen Souveränität und territorialen Integrität durch Russland seit Februar 2014 und die rechtswidrige Annexion der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol durch die Russische Föderation, die wir nicht anerkennen werden. Jede weitere militärische Aggression Russlands gegen die Ukraine wird massive

Konsequenzen und hohe Kosten nach sich ziehen, einschließlich eines breiten Spektrums von sektorenbezogenen, finanziellen und individuellen restriktiven Maßnahmen.

## **Empfehlungen**

Im Hinblick auf Maßnahmen zur Klarstellung der Lage sowie zur Beendigung der Aktivitäten, die Besorgnis auslösen, sprechen die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten die Empfehlung aus, von allen einschlägigen Bestimmungen des Wiener Dokuments und anderer vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen in vollem Umfang Gebrauch zu machen und insbesondere:

- an Russland:
  - im Einklang mit seinen Verpflichtungen aus dem Wiener Dokument vollständige Transparenz über seine militärischen Aktivitäten in der Region herzustellen, insbesondere über die Gesamtzahl der an diesen Aktivitäten beteiligten Truppen, der beteiligten Hauptwaffensysteme und des beteiligten Großgeräts, über die Truppenteile und Truppenformationen, denen diese russischen Kräfte angehören, sowie über das genaue Datum der Rückkehr der russischen Truppenteile und Truppenformationen an ihre Friedensstandorte,
  - im Einklang mit Absatz 18 des Wiener Dokuments einen Besuch in den Gebieten, in denen Grund zur Besorgnis besteht, einschließlich der Übungsplätze an der russisch-ukrainischen und belarussisch-ukrainischen Grenze zur Beseitigung der Besorgnisse über die gegenständlichen ungewöhnlichen militärischen Aktivitäten zu veranstalten sowie sein Territorium für Inspektionsbesuche zu öffnen, in deren Zuge das betreffende Gebiet auf potenziell anzukündigende militärische Aktivitäten hin inspiziert werden könnte,
  - signifikante und verifizierbare Schritte zur Deeskalation der Lage zu unternehmen und einen vernünftigen Dialog und konstruktive Konsultationen aufzunehmen,
  - Informationen über die berichtete Rückverlegung russischer Truppenteile von den Orten, an denen die militärischen Übungen in der Nähe der ukrainischen Grenzen und auf der rechtswidrig besetzten Halbinsel Krim stattfinden, zu liefern und vollständige Transparenz betreffend diese Bewegungen, sofern sie sich denn bestätigen, zu schaffen, einschließlich der Truppenstärke und der Menge an Gerät, die von dieser Rückverlegung betroffen sind, sowie des Zeitplans für die Rückkehr aller verbleibenden Truppen;
- an die Teilnehmerstaaten, den in Kapitel IX und X des Wiener Dokument 2011 verankerten Verifikationsmechanismus zu nutzen;
- an die beteiligten Teilnehmerstaaten, das FSK regelmäßig zu unterrichten, insbesondere über militärische Aktivitäten in Grenzgebieten.

Herr Vorsitzender, ich bitte Sie, diese Empfehlungen und unsere heutige Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

Die Bewerberländer Republik Nordmazedonien<sup>1</sup>, Montenegro<sup>1</sup> und Albanien<sup>1</sup> und die Mitglieder des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Länder Island, Liechtenstein und Norwegen sowie die Ukraine, die Republik Moldau und Georgien schließen sich dieser Erklärung an.

---

1 Die Republik Nordmazedonien, Montenegro und Albanien nehmen weiterhin am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess teil.



**Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa**  
**Ständiger Rat**  
**Forum für Sicherheitskooperation**

FSC-PC.JOUR/72  
18 February 2022  
Annex 4

GERMAN  
Original: ENGLISH

---

**85. Gemeinsame Sitzung des StR und des FSK**  
FSK-StR-Journal Nr. 72, Punkt 2 der Tagesordnung

## **ERKLÄRUNG DER DELEGATION ISLANDS**

Herr Vorsitzender,

meine Delegation dankt dem Vorsitzenden des Ständigen Rates und dem Vorsitzenden des Forums für Sicherheitskooperation für die Einberufung der heutigen gemeinsamen Sondersitzung.

obschon Island sich der Erklärung der Europäischen Union anschließt, habe ich um das Wort gebeten, um einige Bemerkungen im Namen meines Landes hinzuzufügen.

Herr Vorsitzender,

wir haben uns alle zusammen auf unsere gemeinsamen OSZE-Verpflichtungen verständigt; diese sind politisch bindend. Diese Verpflichtungen spiegeln nicht nur unsere völkerrechtlichen Verpflichtungen wider: Ihre Einhaltung ist auch für die Sicherheit in unserer Region von grundlegender Bedeutung. Dabei spielt das Wiener Dokument – und die darin enthaltenen Maßnahmen zur Verminderung der Risiken, für Transparenz und zur Vertrauens- und Sicherheitsbildung – eine zentrale Rolle.

Wir betonen, dass die im Wiener Dokument dargelegten Mechanismen zur Verminderung der Risiken darauf abzielen, dass die Teilnehmerstaaten ihre Besorgnisse äußern und sinnvolle Wege finden können, um Transparenz zu gewährleisten und so die Besorgnisse zu beseitigen und die Spannungen zu deeskalieren. Wenn von diesen Mechanismen Gebrauch gemacht wird, kann dies nicht ignoriert oder als feindseliger Akt ausgelegt werden.

Die Ukraine, Litauen, Lettland und Estland haben das uneingeschränkte Recht, nach Kapitel III Absatz 16 des Wiener Dokuments um Klarstellung bezüglich jeglicher militärisch bedeutsamen ungewöhnlichen oder unvorhergesehenen Aktivitäten in der Nähe ihrer Grenzen zu ersuchen und Russland und Belarus aufzufordern, substanzielle Informationen über ihre unvorhergesehenen militärischen Aktivitäten zu liefern.

Herr Vorsitzender,

Wie andere friedliebende Staaten ist auch Island zutiefst besorgt über die Spannungen an der ukrainischen Grenze und das Risiko einer militärischen Eskalation. Wir fordern alle unsere Partner nachdrücklich auf, im Umgang mit dieser ernsten Lage die einschlägigen politischen und diplomatischen Mittel zu respektieren und voll auszuschöpfen.

Danke.



**Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa**  
**Ständiger Rat**  
**Forum für Sicherheitskooperation**

FSC-PC.JOUR/72  
18 February 2022  
Annex 5

GERMAN  
Original: ENGLISH

---

**85. Gemeinsame Sitzung des StR und des FSK**  
FSK-StR-Journal Nr. 72, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG**  
**DER DELEGATION DEUTSCHLANDS**  
**(AUCH IM NAMEN FRANKREICHS)**

Deutschland schließt sich der im Namen ihrer Mitgliedstaaten von der Europäischen Union abgegebenen Erklärung und den zugehörigen Fragen an, möchte jedoch das Wort ergreifen, auch im Namen Frankreichs, um folgende Punkte hervorzuheben.

Herr Vorsitzender des Ständigen Rates,  
Herr Vorsitzender des Forums für Sicherheitskooperation,  
verehrte Kolleginnen und Kollegen,

unsere regelbasierte Sicherheitsarchitektur in Europa, die über Jahrzehnte aufgebaut wurde, ist heute ernsthaft bedroht. Seit mehreren Wochen beobachten wir gemeinsam mit anderen OSZE-Partnern die anhaltenden Bewegungen russischer Truppen und militärischer Ausrüstung in Russland und Belarus nahe der ukrainischen Grenze sowie auf dem Gebiet der rechtswidrig annektierten Autonomen Republik Krim.

Diese beispiellosen Aktivitäten, die von der Ukraine nicht provoziert wurden, geben Anlass zu tiefer Besorgnis und zu Bedrohungswahrnehmungen, vor allem, wenn es an grundlegender Transparenz und plausiblen Erklärungen fehlt.

Genau für solche Situationen wurde der Mechanismus zur Verminderung der Risiken nach dem Wiener Dokument geschaffen. Die Ukraine hatte und hat das gute Recht, diesen Mechanismus angesichts des groß angelegten russischen Truppenaufmarsches und der groß angelegten Truppenbewegungen zu aktivieren, und genießt dabei die volle Unterstützung Frankreichs und Deutschlands.

Vor diesem Hintergrund ist es sehr enttäuschend, dass Russland diesen Mechanismus von Anfang an boykottiert hat. Russland hat auf das ursprüngliche Ersuchen der Ukraine nicht ordnungsgemäß geantwortet, Russland hat die Rechtmäßigkeit des Verfahrens bestritten, Russland hat überhaupt keine Informationen vorgelegt, Russland hat an keiner nach den geltenden Regeln einberufenen Sitzung teilgenommen und bleibt auch der heutigen gemeinsamen Sitzung des Forums für Sicherheitskooperation und des Ständigen Rates fern.

Indem es jegliche Mitwirkung vermissen ließ, hat sich Russland nicht nur nicht an die Regeln und Verfahren des Wiener Dokuments als wichtigen Eckpfeilers unserer kollektiven und umfassenden Sicherheit gehalten, zu deren Einhaltung es sich verpflichtet hat. Es hat auch eine große Geringschätzung gegenüber der OSZE, den Teilnehmerstaaten und der regelbasierten internationalen Ordnung an den Tag gelegt.

Wir fordern die Russische Föderation weiterhin nachdrücklich auf, ein ausreichendes Maß an Transparenz in Bezug auf Umfang, Größenordnung und Zweck ihrer militärischen Aktivitäten an der Grenze zur Ukraine und in der rechtswidrig annektierten Autonomen Republik Krim herzustellen und dazu beizutragen, die berechtigten Besorgnisse der Ukraine und anderer Teilnehmerstaaten zu beseitigen.

Es gibt keine andere Möglichkeit, als den diplomatischen Weg der Deeskalation und der friedlichen Beilegung zu beschreiten. Es bedarf eines offenen und freimütigen Austauschs über wechselseitige Sicherheitsbesorgnisse. Die OSZE mit ihrem umfassenden Sicherheitsverständnis und den ihr zur Verfügung stehenden einzigartigen Instrumenten kann in diesem Prozess als inklusive Plattform dienen.

Mit etablierten Formaten wie dem Forum für Sicherheitskooperation und dem Strukturierten Dialog, einer langen und erfolgreichen Bilanz an Gesprächen und Verhandlungen über Rüstungskontrolle und vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen sowie dem informellen erneuerten europäischen Sicherheitsdialog, der letzte Woche vom Amtierenden Vorsitzenden ins Leben gerufen wurde, ist die Organisation bereit für diesen Dialog. Es liegt an Russland, diese Chance zu ergreifen.

Wir fordern Russland daher auf, sein Vorgehen zu überdenken und sich nach Treu und Glauben dazu zu bekennen, seinen politisch-militärischen Verpflichtungen gegenüber der OSZE nachzukommen und konstruktiv und im Geiste von Helsinki mit den betroffenen OSZE-Teilnehmerstaaten zusammenzuarbeiten.

Deutschland und Frankreich möchten ihre unverbrüchliche Unterstützung für die Souveränität, territoriale Integrität, Einheit und Unabhängigkeit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen einschließlich ihrer Hoheitsgewässer bekräftigen. Wir nehmen die Ankündigung der russischen Behörden zur Kenntnis, dass einige der derzeit an den Grenzen der Ukraine und auf der widerrechtlich annektierten Halbinsel Krim dislozierten russischen Truppen an ihre Heimatstützpunkte zurückkehren würden. Wir werden Russland beim Wort nehmen, wobei Russland allerdings bisher den Worten noch keine überzeugenden Taten hat folgen lassen. Wir werden die Entwicklungen vor Ort weiterhin genau beobachten.

In der derzeitigen Lage ist es essenziell, unparteiische Informationen über die Entwicklungen in der Konfliktzone zu erhalten. Die Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) spielt eine Schlüsselrolle bei den Deeskalationsbemühungen und als Augen und Ohren der internationalen Gemeinschaft. Frankreich und Deutschland werden ihr entsandtes Personal der SMM vor Ort belassen, damit die Mission in dieser kritischen Phase weiter funktionsfähig bleibt. Wir bekräftigen, dass der Mission freier, sicherer und ungehinderter Zugang zum gesamten Hoheitsgebiet der Ukraine gewährleistet werden muss, und fordern Russland auf, dafür zu sorgen, dass die Mission ihr Mandat erfüllen kann und uneingeschränkten Zugang zu den nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten erhält.

Wir fordern die vollständige Umsetzung der Minsker Vereinbarungen, beginnend mit der bedingungslosen Einhaltung der Waffenruhe, wie zuletzt in der Erklärung der politischen Beraterinnen und Berater des Normandie-Formats vom 26. Januar 2022 festgehalten. Die ungewöhnliche Intensität des gestrigen Beschusses in der Nähe der Kontaktlinie, insbesondere in Stanyzja Luhanska, bei dem auch ein Kindergarten ins Visier genommen wurde, ist höchst besorgniserregend und nicht hinnehmbar. Alle Teilnehmer des Normandie-Formats haben sich zur vollständigen Umsetzung der Minsker Vereinbarungen und zu den entsprechenden Verhandlungsformaten bekannt: dem Normandie-Format und der Trilateralen Kontaktgruppe.

Wir begrüßen die Zusage der ukrainischen Behörden, Vorschläge für die nach den Minsker Vereinbarungen erforderlichen Rechtsvorschriften zu unterbreiten. Damit würde die Ukraine einen konstruktiven Beitrag zum Fortschritt leisten. Wir fordern Russland auf, sich ebenfalls konstruktiv zu beteiligen und alle seine Verpflichtungen, auch in Bezug auf humanitäre Fragen und Fragen der Sicherheit, zu erfüllen, um Fortschritte bei der vollständigen Umsetzung der Minsker Vereinbarungen zu erzielen.

Wir bringen unsere große Besorgnis über die Entschließung der russischen Staatsduma zum Ausdruck, in der der Präsident der Russischen Föderation zur Anerkennung der selbsterklärten „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk aufgefordert wird. Wir erwarten, dass die russische Regierung als Vertragspartei der Minsker Vereinbarungen von solchen Maßnahmen absieht, die eine weitere Verletzung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine darstellen würden und in direktem Widerspruch zu Geist und Wort der Minsker Vereinbarungen stünden.

Unsere beiden Länder setzen ihre Bemühungen im Rahmen des Normandie-Formats fort, und die Verhandlungen gehen weiter. Seien Sie versichert, dass das Engagement Frankreichs und Deutschlands für eine dauerhafte politische Lösung dieses Konflikts nicht nachlassen wird.

Abschließend möchten wir bekunden, dass wir den amtierenden OSZE-Vorsitz bei seiner Aufgabe unterstützen, alle heutigen Wortmeldungen der Teilnehmerstaaten zu berücksichtigen und sie in einem eigenen Bericht zusammenzufassen. Deutschland und Frankreich bekräftigen ihre Bereitschaft, die Konsultationen auf der Grundlage des anstehenden Berichts und gemäß den einschlägigen Bestimmungen des Wiener Dokuments fortzusetzen.

Ich bitte um Aufnahme dieser Erklärung in das Journal dieser Sitzung.

Danke.



**Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa**  
**Ständiger Rat**  
**Forum für Sicherheitskooperation**

FSC-PC.JOUR/72  
18 February 2022  
Annex 6

GERMAN  
Original: ENGLISH

---

**85. Gemeinsame Sitzung des StR und des FSK**  
FSK-StR-Journal Nr. 72, Punkt 2 der Tagesordnung

## **ERKLÄRUNG DER DELEGATION LITAUENS**

Sehr geehrte Damen und Herren Botschafter,  
verehrte Kolleginnen und Kollegen,

Litauen schließt sich der von Frankreich im Namen der Europäischen Union abgegebenen Erklärung an. Erlauben Sie mir, als Vertreter meines Landes noch einige Anmerkungen hinzuzufügen.

Zuallererst möchte ich den Vorsitzenden des Ständigen Rates und des Forums für Sicherheitskooperation meinen Dank aussprechen.

Lieber Adam und lieber Farid, ich danke Ihnen, dass Sie uns heute einberufen haben, um die von der Ukraine hinsichtlich Russlands geäußerten Besorgnisse zu erörtern. Es waren sehr arbeitsreiche Tage und Wochen. Wir, die OSZE-Teilnehmerstaaten, sollten jedoch keine Mühe scheuen, um eine weitere militärische Eskalation zu verhindern, die durchaus zu einer veritablen Aggression Russlands gegen die Ukraine führen könnte.

Ich begrüße auch alle Bemühungen des polnischen OSZE-Vorsitzes einschließlich der Besuche des Amtierenden Vorsitzenden in Russland und der Ukraine sowie den Aufruf der Generalsekretärin der OSZE im Rahmen des Frühwarnmechanismus. Keine Mühe ist zu groß, wenn es darum geht, einen Krieg zu verhindern und den Frieden zu bewahren, so zerbrechlich er auch erscheinen mag.

Wie auch viele andere Teilnehmerstaaten an diesem Tisch ist Litauen zutiefst besorgt über die fortgesetzte ungewöhnliche und beispiellose Konzentration von russischen Streitkräften in der Nähe der ukrainischen Grenze, auf der rechtswidrig annektierten Halbinsel Krim, im Schwarzen Meer und in Belarus. Entgegen den Erklärungen Russlands über seine Pläne zum Truppenabzug zeigt sich in der Realität genau das Gegenteil: Die Truppenstärke in den Grenzgebieten nimmt zu. Wir brauchen ganz konkrete und sofortige Maßnahmen vor Ort. Litauen fordert die Russische Föderation auf, Maßnahmen zur Deeskalation der Lage in der Nähe der ukrainischen Grenze zu ergreifen und ihre Truppenteile und Truppenformationen unverzüglich an ihre normalen Friedensstandorte zurückzuverlegen.

Russlands anhaltende Aggression gegen die Ukraine, die bald in ihr neuntes Jahr geht, sein beispielloses aggressives militärisches Auftreten an der ukrainischen Grenze, seine äußerst feindselige Rhetorik und seine Bevormundungen mit dem Ziel, die souveränen Entscheidungen der Ukraine hinsichtlich ihrer außen- und sicherheitspolitischen Ausrichtung zu beschneiden, verstoßen in eklatanter Weise gegen eine Reihe von OSZE-Prinzipien. Russlands Forderungen gegenüber der Ukraine stehen im starken Widerspruch zu unserem allgemeinen Konsens, dass jeder OSZE-Teilnehmerstaat berechtigt ist, seine sicherheitspolitischen Dispositionen frei zu treffen.

Litauen hat das Ersuchen der Ukraine nachdrücklich unterstützt, den Mechanismus für Konsultationen und Zusammenarbeit in Bezug auf ungewöhnliche militärische Aktivitäten nach dem Kapitel des Wiener Dokuments über die Verminderung der Risiken zu aktivieren. Damit hat die Ukraine ihre Bereitschaft zu Konsultationen unter Beweis gestellt, die darauf ausgerichtet sind, mögliche Missverständnisse zu klären und die Unberechenbarkeit und die militärischen Risiken zu verringern. So sollten alle OSZE-Teilnehmerstaaten handeln.

Die Weigerung Russlands, zeitnah und ordnungsgemäß konkrete Antworten zu geben und an den Konsultationen am Dienstag und an der heutigen Sitzung teilzunehmen, steht nicht im Einklang mit den Bestimmungen des Wiener Dokuments. Das ist ein weiteres Beispiel für die Nichtumsetzung der von allen Teilnehmerstaaten zum Umgang mit solchen Situationen vereinbarten vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen durch Russland.

Anstatt sich am Dialog zu beteiligen, hat Russland den Weg gewählt, seine VSBM-Ankündigungen dazu zu benutzen, die Ukraine angeblicher Vorbereitungen auf eine Lösung des Konflikts im Donbass mit Gewalt zu bezichtigen. Wir bedauern die Versuche Russlands zutiefst, das Wiener Dokument und das OSZE-Kommunikationsnetz bloß als zusätzliche Instrumente zur Verbreitung seiner falschen Narrative und zur Konstruktion von Vorwänden für eine Invasion in der Ukraine zu missbrauchen.

Wir bedauern auch, dass sich Belarus, ein Nachbar der Ukraine und Litauens, in letzter Zeit die aggressive Haltung Russlands gegenüber der Ukraine ebenfalls zu eigen gemacht hat. Die ungewöhnliche und unvorhergesehene gemeinsame russisch-belarussische Militärübung „Entschlossenheit der Union 2022“ ist Teil desselben aggressiven und intransparenten militärischen Drehbuchs Russlands. Die Übung ist Teil einer umfassenderen Strategie Russlands zur Erhöhung des Drucks auf die Ukraine und den Westen. Die Erklärungen des Regimes in Minsk dahingehend, dass die an dieser Übung beteiligten Truppen gegen die Ukraine und NATO-Mitgliedstaaten eingesetzt werden könnten, sind sehr beunruhigend. Wir fordern Belarus weiterhin auf, alle zur Verfügung stehende Instrumente zu nutzen, um die militärische Transparenz zu erhöhen und Spannungen zu verringern.

Verehrte Vorsitzende,

ich möchte noch einmal betonen, dass Russland an den Verhandlungstisch zurückkehren muss – sowohl im Rahmen der Trilateralen Kontaktgruppe als auch im Normandie-Format – und damit beginnen muss, seine eigenen Verpflichtungen nach Treu und Glauben umzusetzen. Dieser von Russland angezettelte Konflikt wird nicht gelöst werden, wenn Russland weiterhin seine eigene Rolle darin leugnet und seine im Rahmen der oben genannten Formate eingegangenen Verpflichtungen nicht einhält. Russland ist in diesem

Konflikt Partei und nicht Vermittler. Es ist höchste Zeit, dass Russland den gleichen politischen Willen wie die Ukraine an den Tag legt und sich um eine friedliche Beilegung des Konflikts bemüht. Die OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine muss ihre Beobachtungstätigkeit ohne Behinderungen für ihre Beobachterinnen und Beobachter und ihre technische Ausrüstung fortsetzen können. Darüber hinaus verurteilen wir die Entscheidung der russischen Staatsduma, Präsident Putin aufzufordern, die nicht von der Regierung kontrollierten Gebiete der ukrainischen Oblaste Donezk und Luhansk als unabhängige Staatsgebilde anzuerkennen. Eine solche Anerkennung wäre ein klarer Verstoß gegen die Minsker Vereinbarungen.

In dieser ohnehin schon höchst angespannten Lage wurden gestern auch noch ein ukrainischer Kindergarten und andere zivile Objekte unter Artilleriebeschuss genommen. Wir verurteilen diese Gräueltat, die von den von Russland unterstützten militanten Gruppen begangen wurde. Die russische Regierung kann nicht andere beschuldigen, die Minsker Vereinbarungen nicht umzusetzen, und gleichzeitig selbst diejenigen unterstützen, die diese ständig verletzen.

Litauen fordert die russische Föderation auf, Schritte zur Deeskalation der Lage vor Ort zu unternehmen und einen vernünftigen Dialog und konstruktive Konsultationen aufzunehmen; Wir fordern Russland auf, die Bestimmungen des Wiener Dokuments in Wort und Geist vollständig umzusetzen.

Abschließend möchte ich einmal mehr die unverbrüchliche Unterstützung und den Einsatz meines Landes für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine zum Ausdruck bringen. Nur das ukrainische Volk kann über die Zukunft seines Landes und seine Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik entscheiden.

Verehrte Vorsitzende, ich bitte Sie, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

Danke.



**Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa**  
**Ständiger Rat**  
**Forum für Sicherheitskooperation**

FSC-PC.JOUR/72  
18 February 2022  
Annex 7

GERMAN  
Original: ENGLISH

---

**85. Gemeinsame Sitzung des StR und des FSK**  
FSK-StR-Journal Nr. 72, Punkt 2 der Tagesordnung

## **ERKLÄRUNG DER DELEGATION RUMÄNIENS**

Verehrte Vorsitzende,

Rumänien schließt sich der im Namen der Europäischen Union abgegebenen Erklärung vollinhaltlich an. Ich möchte als Vertreter meines Landes noch einige Anmerkungen hinzufügen.

Zunächst möchte ich dem polnischen OSZE-Vorsitz und dem aserbaidischen Vorsitz im Forum für Sicherheitskooperation (FSK) für die zeitnahe Einberufung dieser Sitzung auf Ersuchen der Ukraine danken. In der Tat ist eine solche Erörterung gerade jetzt dringend geboten.

Rumänien hat die Aktivierung der Mechanismen nach Kapitel III durch die Ukraine uneingeschränkt unterstützt. Dieser Schritt zeigt, dass die Ukraine fest entschlossen ist, den Dialog und die etablierten Transparenzmaßnahmen innerhalb der OSZE zu nutzen, um die derzeitige Situation zu deeskalieren und zu überwinden.

Wir bedauern, dass die Russische Föderation nicht den gleichen Weg geht und beschlossen hat, diesem Treffen fernzubleiben. Dadurch wird Russland den Verpflichtungen, die es freiwillig eingegangen ist, nicht gerecht.

Der in Kapitel III des Wiener Dokuments beschriebene Mechanismus für Konsultation und Zusammenarbeit in Bezug auf ungewöhnliche militärische Aktivitäten zielt darauf ab, Besorgnisse über solche Aktivitäten zu beseitigen. Nachdem dieser Mechanismus in jüngster Zeit zweimal aktiviert worden ist, wobei zwei Konsultationstreffen sowie die gemeinsame Sondersitzung des Ständigen Rates und des FSK vom Mittwoch abgehalten wurden, sind wir nach wie vor zutiefst besorgt über den groß angelegten, unprovokierten und ungerechtfertigten russischen militärischen Aufmarsch in der und um die Ukraine, im Schwarzen Meer und in Belarus.

Daher müssen die legitimen Fragen, die nach dem genannten Mechanismus zur Verminderung der Risiken, der per se eine vertrauensbildende Maßnahme darstellt, sowohl an Belarus als auch an die Russische Föderation gerichtet wurden, in substanzieller Weise

und nach Treu und Glauben beantwortet werden. So etwas wie eine „ungerechtfertigte Aktivierung“ dieses Mechanismus gibt es nicht.

Als Anrainerstaat des Schwarzen Meers ist Rumänien besonders besorgt darüber, dass die Russische Föderation ihre militärische Präsenz und ihre Aktivitäten auf der widerrechtlich annektierten Krim sowie ihre Marinepräsenz und ihre amphibischen Fähigkeiten in der Region weiter ausgebaut hat. Infolgedessen sind unter dem Vorwand von Übungen im scharfen Schuss und unter Verstoß gegen völkerrechtliche Normen und Prinzipien wie die freie Schifffahrt große Seegebiete des Schwarzen und des Asowschen Meeres gesperrt. Unserer Einschätzung nach können und sollten diese Aktivitäten nicht als reguläre militärische Aktivitäten angesehen werden, und wir sollten die Entwicklungen weiterhin aufmerksam verfolgen.

Wir fordern Russland daher eindringlich auf, die Spannungen unverzüglich zu deeskalieren, sich an das Völkerrecht zu halten und über die etablierten internationalen Mechanismen, einschließlich der Mechanismen nach dem Wiener Dokument, einen konstruktiven Dialog zu führen. Russland sollte unverzüglich im Einklang mit Absatz 18 des Wiener Dokuments einen Besuch in den Gebieten an den Grenzen der Ukraine, in denen Anlass zur Besorgnis besteht, veranstalten und sein Territorium wieder für Verifikationsaktivitäten nach dem Wiener Dokument einschließlich Inspektionen bezeichneter Gebiete an den Grenzen der Ukraine öffnen.

Zu guter Letzt möchte ich unsere unverbrüchliche Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität, die Einheit und Unabhängigkeit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen bekräftigen. Gleichzeitig möchte ich auch die nachdrückliche Unterstützung Rumäniens für eine friedliche Lösung des Konflikts in der Ukraine im Einklang mit den OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen bekräftigen. Die vollständige Umsetzung der Minsker Vereinbarungen ist der einzige zukunftsfähige Weg, Dialog ist zentral, und die OSZE bleibt diesbezüglich die bevorzugte Plattform.

Verehrte Vorsitzende,

ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke.

---

**85. Gemeinsame Sitzung des StR und des FSK**  
FSK-StR-Journal Nr. 72, Punkt 2 der Tagesordnung

## **ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA**

Danke, verehrte Vorsitzende.

Die Vereinigten Staaten unterstützen voll und ganz die Entscheidung der Ukraine, um diese gemeinsame Sitzung des Forums für Sicherheitskooperation und des Ständigen Rates gemäß dem Mechanismus zur Verminderung der Risiken bei „ungewöhnlichen und unvorhergesehenen militärischen Aktivitäten“ nach dem Wiener Dokument zu ersuchen.

Unserer Einschätzung nach dürfte Russland mittlerweile wahrscheinlich zwischen 169 000 und 190 000 Mann in der Ukraine und in deren Nähe massiert haben, während es am 30. Januar noch rund 100 000 waren. Diese Schätzung umfasst die militärischen Truppen entlang der Grenze, in Belarus und auf der besetzten Krim, die Truppenteile der russischen Nationalgarde und andere Truppen für innere Sicherheit, die in diesen Gebieten disloziert sind, sowie die von Russland angeführten Kräfte in der Ostukraine. Während Russland versucht hat, seine Vorbereitungen am Boden und in der Luft herunterzuspielen oder gegenüber der Welt zu verschleiern, hat das russische Militär seine groß angelegten Marineübungen im Schwarzen Meer, in der Ostsee und in der Arktis bekanntgemacht. Russland hat öffentlich erklärt, dass allein an der Übung im Schwarzen Meer mehr als 30 Schiffe beteiligt seien, und wir gehen davon aus, dass amphibische Landungsschiffe der Nordflotte und der Baltischen Flotte ins Schwarze Meer geschickt wurden, um die dortigen Kräfte zu verstärken.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, es handelt sich hier um die größte militärische Mobilmachung in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Dennoch nimmt die Russische Föderation nicht an der heutigen wichtigen gemeinsamen Sitzung teil und weigert sich, weitere Informationen über ihren beispiellosen militärischen Aufmarsch zu liefern. Stattdessen hat sie das Ersuchen um Klarstellung betreffend seine Militäroperationen nach dem Wiener Dokument als „Provokation“ bezeichnet – obwohl – daran möchte ich Sie alle erinnern – Moskau sich freiwillig auf diesen Mechanismus verpflichtet hat.

Anstatt für Transparenz zu sorgen und an der Verminderung der Risiken mitzuarbeiten, hat sich Russland für Desinformation und Lug und Trug entschieden. Auf zynische Weise versucht es, die Ukraine, die NATO und die Vereinigten Staaten als Aggressoren darzustellen, während es selbst gleichzeitig eine massive Angriffsmacht in Stellung bringt,

die im Nachbarland einzumarschieren droht – ganz nach dem Beispiel seiner Invasion und Besetzung Georgiens 2008 und der Invasion und Besetzung der Ukraine 2014.

Wir wissen, dass Russland entschlossen ist, einen Vorwand zur Rechtfertigung eines Einmarschs in die Ukraine zu schaffen. Uns liegen Berichte aus mehreren Quellen vor, die Einzelheiten über die Bemühungen Russlands enthalten, angebliche „ukrainische Provokationen“ zu konstruieren und der Öffentlichkeit ein Narrativ zu vermitteln, das eine russische Invasion rechtfertigen würde. Seit einigen Wochen liegen uns Informationen vor, wonach die russische Regierung einen fingierten Angriff des ukrainischen Militärs oder der ukrainischen Sicherheitskräfte auf russisches Hoheitsgebiet oder auf die russischsprachige Bevölkerung in den von den Separatisten kontrollierten Gebieten plant, um ein militärisches Vorgehen gegen die Ukraine zu rechtfertigen. Erst gerade diese Woche haben wir außerdem einen Anstieg der Cyberoperationen gegen den ukrainischen Verteidigungs- und Bankensektor erlebt.

Deshalb müssen wir die falsche Darstellung einer ukrainischen „Eskalation“, für die in den Berichten der OSZE-Sonderbeobachtungsmission keinerlei Belege vorhanden sind, entschieden zurückweisen. Wir müssen wachsam bleiben im Hinblick auf die Möglichkeit einer Operation unter falscher Flagge zur fälschlichen Rechtfertigung eines Angriffs und vor falschen Unterstellungen eines „Genozids“ auf der Hut sein, mit denen ein Begriff instrumentalisiert wird, der in diesem Saal niemals leichtfertig in den Mund genommen werden sollte. Wir müssen vorsichtig sein, wenn Russland behauptet, seine Truppen abzuziehen, während die Russische Föderation ihre Position an anderen Stellen der ukrainischen Grenzen zugleich erheblich ausbaut.

Dass Moskau sich den Verpflichtungen zur Verminderung der Risiken nach dem Wiener Dokument verweigert, verstärkt unsere schwerwiegende Besorgnis über die Implikationen der höchst ungewöhnlichen militärischen Aktivitäten Russlands. Die Russische Föderation ist nun in der Lage, jederzeit weiter in das souveräne Hoheitsgebiet der Ukraine einzumarschieren, wenn Präsident Putin dies wünscht. Dass Russland dieser gemeinsamen Sitzung sowie der vorangegangenen Sitzung nach dem Wiener Dokument vom Mittwoch fernbleibt, dass es nicht willens ist, irgendeine glaubwürdige Erklärung für seinen massiven, ungewöhnlichen und unvorhergesehenen Truppenaufmarsch zu liefern, und dass es nicht bereit ist, diese Aktivitäten anzukündigen oder für Inspektionen oder Beobachtungen nach dem Wiener Dokument zu öffnen, ist der Gipfel der Verantwortungslosigkeit und Intransparenz. Das heutige Schweigen Moskaus rüttelt an den Grundfesten des Wiener Dokuments. Die Bedrohung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine untergräbt die Prinzipien und Verpflichtungen, zu denen wir uns in der Schlussakte von Helsinki und der Charta der Vereinten Nationen allesamt bekannt haben.

Um unsere schwerwiegende Besorgnis hinsichtlich der Ziele der groß angelegten und ungewöhnlichen militärischen Aktivitäten in Nachbarregionen der Ukraine zu beseitigen, haben wir um konkrete Antworten auf die spezifischen Fragen ersucht, die wir am 15. Februar zu folgenden Punkten gestellt haben:

1. den genauen Orten, an denen diese Operationen stattfinden,
2. den Terminen für den Abschluss der Operationen,

3. der Anzahl und den Typen der beteiligten militärischen Formationen und Truppenteile sowie den Terminen, an denen diese Truppen an ihre dauerhaften Friedensstandorte zurückkehren werden,
4. einer Erklärung für die russische Aussage, der Mechanismus für „ungewöhnliche militärische Aktivitäten“ nach Kapitel III des Wiener Dokuments sei auf diesen massiven Aufmarsch nicht anwendbar,
5. angesichts der Konzentration russischer amphibischer Kräfte im Schwarzen Meer: einer Klarstellung bezüglich der Frage, ob die Russische Föderation eine amphibische Landung plant und, wenn, dann wo und mit wie vielen Truppen sie sie plant und warum sie die Aktivität nicht im Voraus angekündigt hat,
6. einer Erklärung dafür, warum die Russische Föderation, die sich – welch Ironie! – selbst über „provozierende Übungen“ in der Nähe sensibler Grenzgebiete beschwert hat, zum zweiten Mal in weniger als einem Jahr einen unangekündigten militärischen Aufmarsch nur wenige Kilometer von den Grenzen der Ukraine entfernt durchführt.

Wir halten es weder für glaubwürdig noch für möglich, dass eine so große Anzahl russischer Streitkräfte die Schwellen für die Ankündigung und die Beobachtung militärischer Aktivitäten nach dem Wiener Dokument nicht überschreitet. Wir sind zutiefst besorgt über diese höchst ungewöhnlichen und provozierenden militärischen Aktivitäten.

Wie wir bereits bei früherer Gelegenheit betont haben, sind die NATO-Bündnispartner – ganz im Gegensatz zum derzeitigen Verhalten der Russischen Föderation – der Transparenz verpflichtet und stellen umfassende Informationen über ihre militärischen Großübungen zur Verfügung. Die diesjährigen Übungen „Cold Response“, „Defender Europe“ und „Saber Strike“ wurden alle gemäß den Verfahren nach dem Wiener Dokument angekündigt. Unsere Verbündeten und Partner stehen zu ihren Verpflichtungen im Bereich der Rüstungskontrolle und Vertrauensbildung und kündigen regelmäßig selbst dann ihre Teilnahme an diesen Übungen und Aktivitäten an, wenn die Schwellen nicht überschritten werden.

Mit dem Wiener Dokument haben wir uns alle verpflichtet, im Rahmen unserer kollektiven Anstrengungen zur Verminderung des Risikos von Fehleinschätzungen, zum Abbau von Spannungen und zur Vertrauensbildung in gutem Glauben auf die von anderen Staaten geäußerten Besorgnisse hinsichtlich ungewöhnlicher militärischer Aktivitäten einzugehen.

Die Vereinigten Staaten empfehlen der Russischen Föderation unter anderem folgende unverzüglichen Schritte, um das Risiko von Fehleinschätzungen zu vermindern und die Spannungen abzubauen:

1. Sie möge die im F10-Ersuchen der Ukraine gestellten spezifischen Fragen bezüglich der Anzahl der beteiligten Truppen, der beteiligten Hauptwaffensysteme und des beteiligten Großgeräts sowie der beteiligten Truppenteile der russischen Streitkräfte sowie alle im F14-Bericht des Vorsitzes gestellten Fragen, einschließlich derjenigen mit Bezug auf die Kommandostrukturen und das Datum der Rückkehr der Truppen an ihre Friedensstandorte, beantworten.

2. Sie möge Rechenschaft über alle militärischen Aktivitäten ablegen, die mit diesen Dislozierungen in unmittelbaren Nachbarschaft der Ukraine und anderer Nachbarländer in Zusammenhang stehen.
3. Sie möge einen Besuch nach Absatz 18 des Wiener Dokuments empfangen, einschließlich eines Hubschrauberüberflugs, um die Besorgnisse der heute hier anwesenden Teilnehmerstaaten zu beseitigen.
4. Sie möge den Umfang ihrer Maßnahmen nach Absatz 18 auf Besuche im Rahmen von Verifikationsmaßnahmen nach Kapitel IX und Kapitel X, auf Inspektionen von Gebieten, in denen Anlass zu Besorgnis besteht, aus der Luft sowie auf die Möglichkeit, sich über die Rückverlegung aller Kräfte an ihre Friedensstandorte zu vergewissern, ausweiten.
5. Sie möge das Forum für Sicherheitskooperation über die Rückverlegung seiner Kräfte unterrichten.
6. Wir empfehlen, dass Russland sich ebenso wie alle anderen Teilnehmerstaaten für einen umfassenden und offenen Dialog über die Modernisierung und Verbesserung der militärischen Transparenz einsetzt, an der es derzeit so deutlich mangelt.
7. Zu guter Letzt empfehlen wir, dass Russland sein militärisches Dispositiv in der und um die Ukraine unverzüglich reduziert, indem es seine Truppen und sein Gerät abzieht und seinen Verpflichtungen aus den Minsker Vereinbarungen nach Treu und Glauben nachkommt.

Danke, verehrte Vorsitzende. Ich bitte darum, diese Erklärung samt unserer Empfehlungen dem Journal des Tages beizufügen.

---

**85. Gemeinsame Sitzung des StR und des FSK**  
FSK-StR-Journal Nr. 72, Punkt 2 der Tagesordnung**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION ALBANIENS**

Danke, verehrte Vorsitzende.

Albanien schließt sich der im Namen der Europäischen Union abgegebenen Erklärung vollinhaltlich an; ich möchte jedoch als Vertreter meines Landes noch einige kurze Anmerkungen hinzufügen.

In der Tat ist eine Diskussion über die laufenden ungewöhnlichen militärischen Aktivitäten der Russischen Föderation in der und um die Ukraine dringend erforderlich. Die bisher zur Verfügung gestellten Informationen können kaum als ausreichend angesehen werden.

Diesbezüglich genießt die Aktivierung des Mechanismus zur Verminderung der Risiken nach Absatz 16 des Wiener Dokuments durch die Ukraine unsere volle Unterstützung. Wir danken den Vorsitzen Polen und Aserbaidschan für die Einberufung dieser heutigen gemeinsamen Sitzung des Ständigen Rates und des Forums für Sicherheitskooperation. Wir unterstützen auch die frühere Aktivierung dieses Mechanismus durch Litauen, das dabei auch im Namen Lettlands und Estlands handelte.

Der dringende Bedarf an Transparenz, an einer Verminderung der militärischen Risiken und der Eliminierung von Missverständnissen sowie an Vertrauensbildung unter den Teilnehmerstaaten verleiht dem Wiener Dokument gerade heute brennende Aktualität. Daher ist es wichtig, dass seine Bestimmungen eingehalten werden.

Wir fordern Russland nachdrücklich auf, seinen unprovokierten und ungerechtfertigten militärischen Aufmarsch rückgängig zu machen und volle Transparenz zu zeigen, um die schwerwiegenden und berechtigten Besorgnissen über die gegenständlichen Aktivitäten zu beseitigen. Wir fordern es auf, das gesamte Instrumentarium der OSZE zu nutzen, um Spannungen abzubauen und die von uns allen eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen.

Wir bekräftigen Albaniens unerschütterliche und unveränderte Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen, einschließlich der Krim und ihrer Hoheitsgewässer. Wir betonen unser bleibendes Bekenntnis zu einer friedlichen Lösung des Konflikts auf diplomatischem Wege.

Ich ersuche höflich, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung beizufügen.

Danke.



**Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa**  
**Ständiger Rat**  
**Forum für Sicherheitskooperation**

FSC-PC.JOUR/72  
18 February 2022  
Annex 10

GERMAN  
Original: ENGLISH

---

**85. Gemeinsame Sitzung des StR und des FSK**  
FSK-StR-Journal Nr. 72, Punkt 2 der Tagesordnung

## **ERKLÄRUNG DER DELEGATION SCHWEDENS**

Herr Vorsitzender,  
verehrte Kolleginnen und Kollegen,

Schweden schließt sich der Erklärung der EU voll und ganz an und möchte einige Bemerkungen in nationaler Eigenschaft hinzufügen.

Schweden möchte dem Vorsitz dafür danken, dass er zum zweiten Mal innerhalb einer Woche im Einklang mit Kapitel III Absatz 16 des Wiener Dokuments eine gemeinsame Sondersitzung des Forums für Sicherheitskooperation und des Ständigen Rates organisiert hat. Dieses Treffen ist nur deshalb notwendig, weil die bisherigen Schritte zur Verminderung der Risiken nicht zu den gewünschten Klarstellungen geführt haben und die Besorgnisse der Teilnehmerstaaten nicht mildern konnten.

Die ungewöhnlichen militärischen Aktivitäten Russlands entlang der ukrainischen Grenzen und auf der rechtswidrig annektierten Krim haben Einfluss auf die Sicherheit der gesamten Region. Es ist daher legitim, Fragen zu stellen und die zur Verfügung stehenden Instrumente zur Verminderung der Risiken zu nutzen.

Ich danke auch der Ukraine sowie Litauen, Lettland und Estland dafür, dass sie diesen wichtigen Mechanismus zur Verminderung der Risiken in diesen Fällen aktiviert haben. Diese Treffen zeigen, dass die absolute Mehrheit der Teilnehmerstaaten die gleichen Besorgnisse betreffend die aktuelle Lage umtreiben.

Wir nehmen mit großer Enttäuschung zur Kenntnis, dass sich Russland in dieser schwierigen und angespannten Situation entschieden hat, nicht teilzunehmen, und sich an einem Dialog nicht beteiligen will. Der heutige Tag wäre eine ausgezeichnete Gelegenheit gewesen, um die Absichten, die Zeitpläne, die Standorte und die Personalstärke des derzeitigen militärischen Aufgebots zu darzulegen.

Über die berechtigten Besorgnisse von Teilnehmerstaaten einfach hinwegzusehen, trägt in keiner Weise zu Transparenz und Vertrauensbildung bei. Die Forderung nach einem vertieften Dialog, wie wir sie heute erheben, darf niemals als eskalierender Faktor ausgelegt werden.

Herr Vorsitzender,

wir finden es entmutigend, dass sich einige Teilnehmerstaaten wieder einmal nicht vom Geist des Wiener Dokuments leiten lassen, wie wir es leider auch im Jahr 2021 feststellen mussten. Wenn behauptet wird, die derzeitige Situation sei kein Fall für das Wiener Dokument, muss man sich fragen: Wann wäre dann überhaupt etwas ein Fall für das Wiener Dokument?

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass das Wiener Dokument einem Teilnehmerstaat keinen Vorrang der Auslegung einräumt, wenn ein anderer Teilnehmerstaat seine Besorgnis über eine aus seiner Sicht ungewöhnliche militärische Aktivität äußert.

Es ist somit nicht Sache des antwortenden Teilnehmerstaats zu beurteilen, ob die aktuelle Situation Anlass zur Besorgnis gibt oder nicht. Im Gegenteil: Er muss sich nach Treu und Glauben um Klarstellung bemühen und so viele Informationen wie möglich, im gegenständlichen Fall über die Massierung von Truppen, liefern.

Wenn wir dies nicht anerkennen und respektieren können, dann werden der gesamte Zweck der Leitlinien des Wiener Dokuments und seine entscheidende Rolle bei der Stärkung von Vertrauen und Sicherheit ernsthaft untergraben.

Lassen Sie uns stattdessen unser Instrumentarium zweckgemäß einsetzen. Die Aufnahme eines ehrlichen und aufrichtigen Dialogs im Einklang mit Kapitel III des Wiener Dokuments ist da ein guter Anfang.

Danke, Herr Vorsitzender.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.



**Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa**  
**Ständiger Rat**  
**Forum für Sicherheitskooperation**

FSC-PC.JOUR/72  
18 February 2022  
Annex 11

GERMAN  
Original: ENGLISH

---

**85. Gemeinsame Sitzung des StR und des FSK**  
FSK-StR-Journal Nr. 72, Punkt 2 der Tagesordnung

## **ERKLÄRUNG DER DELEGATION BULGARIENS**

Herr Vorsitzender des Ständigen Rates,  
Herr Vorsitzender des Forums für Sicherheitskooperation,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

ich möchte beiden Vorsitzen für die Einberufung dieser gemeinsamen Sondersitzung auf Ersuchen der Delegation der Ukraine danken.

Bulgarien schließt sich der Erklärung der Europäischen Union und den darin enthaltenen Empfehlungen vollinhaltlich an. Ich möchte im Namen meines Landes noch einige Anmerkungen hinzufügen.

Die sich verschlechternde Sicherheitslage – insbesondere der massive, unprovokierte russische militärische Aufmarsch in unmittelbarer Nähe der ukrainischen Staatsgrenzen, unter anderem auch in Belarus, und die verstärkte russische Militärpräsenz auf der rechtswidrig annektierten Halbinsel Krim und in Teilen des Schwarzen Meeres – gibt Anlass zu schwerwiegender Besorgnis. Wir fordern Russland nachdrücklich auf, zur vollständigen Einhaltung der OSZE-Prinzipien zurückzukehren, seine Verpflichtungen zu erfüllen, die dringend benötigte Transparenz herzustellen und dringend Deeskalationsmaßnahmen zu ergreifen.

Bulgariens Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen ist unerschütterlich. Wir zollen der Ukraine Respekt für ihre bemerkenswerte Zurückhaltung und unterstützen voll und ganz ihre entschlossenen Bemühungen um die Verminderung der Risiken und den Abbau der Spannungen durch Nutzung des entsprechenden Mechanismus nach dem Wiener Dokument.

Bulgarien hat als Schwarzmeer-Anrainerstaat ein besonderes Interesse an einer Deeskalation in der Region. Wir bedauern aufrichtig, dass die Russische Föderation die Gelegenheit nicht nutzen wollte, an den Konsultationen vom 15. Februar 2022 gemäß Kapitel III Absatz 16.2 des Wiener Dokuments teilzunehmen. Die Russische Föderation wäre in der Lage gewesen, die Besorgnisse zu beseitigen, wenn sie völlig transparent Informationen über den laufenden groß angelegten militärischen Aufmarsch zur Verfügung gestellt hätte. Auch das heutige Treffen hätte eine solche Gelegenheit sein können.

Ich möchte noch einmal daran erinnern, dass sich unsere Organisation seit Jahrzehnten von einem soliden Paket von Normen und Verpflichtungen leiten lässt. Dass diese bisher funktioniert haben, ist auf Transparenz, Berechenbarkeit, wechselseitige Rechenschaftspflicht und Vertrauen zurückzuführen. Wir betrachten den kürzlich vom polnischen Vorsitz eingeleiteten Prozess des erneuerten europäischen Sicherheitsdialogs der OSZE als einen Versuch, diesen Normen und Verpflichtungen in unseren Erörterungen vor einem herausfordernden sicherheitspolitischen Hintergrund wieder zu ihrem Recht zu verhelfen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit erneut das uneingeschränkte Bekenntnis Bulgariens zu den Grundsätzen und Normen bekräftigen, die den Rüstungskontrollregimes und den vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen zugrunde liegen, die auf die Verminderung der Risiken und die Erhöhung von Berechenbarkeit und Vertrauen im politisch-militärischen Bereich abzielen.

Verehrte Vorsitzende,

ich ersuche darum, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung beifügen zu lassen.



**Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa**  
**Ständiger Rat**  
**Forum für Sicherheitskooperation**

FSC-PC.JOUR/72  
18 February 2022  
Annex 12

GERMAN  
Original: ENGLISH

---

**85. Gemeinsame Sitzung des StR und des FSK**  
FSK-StR-Journal Nr. 72, Punkt 2 der Tagesordnung

## **ERKLÄRUNG DER DELEGATION DÄNEMARKS**

Danke, verehrte Vorsitzende.

Dänemark schließt sich der im Namen der Europäischen Union abgegebenen Erklärung und den darin enthaltenen Empfehlungen uneingeschränkt an. In meiner nationalen Eigenschaft möchte ich jedoch Folgendes hinzufügen:

Das Wiener Dokument ist das zentrale Dokument der OSZE, in dem vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen festgelegt sind, insbesondere in den Bereichen Vermin- derung der Risiken, Offenheit und Transparenz.

Wir unterstützen nachdrücklich die Aktivierung von Kapitel III des Wiener Dokuments durch die Ukraine. Dieser Schritt ist ein eindeutiger Beleg für ihr Bekenntnis zum sinnvollen Dialog und zur Nutzung der etablierten Transparenzmechanismen zur Entschärfung von Spannungen, und dies sogar im Angesicht der Aggression Russlands.

Wir fordern Russland auf, zur vollständigen Einhaltung der OSZE-Prinzipien zurückzukehren, seine Verpflichtungen zu erfüllen und die nötigen Schritte zur Deeskalation der Lage zu unternehmen. Wenn Russland das weiterhin unterlässt, stellt das eine schwer- wiegende Bedrohung für die Sicherheit des gesamten OSZE-Raums dar, wie wir sie seit dem Kalten Krieg nicht mehr erlebt haben.

Verehrte Vorsitzende, ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.



**Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa**  
**Ständiger Rat**  
**Forum für Sicherheitskooperation**

FSC-PC.JOUR/72  
18 February 2022  
Annex 13

GERMAN  
Original: ENGLISH

---

**85. Gemeinsame Sitzung des StR und des FSK**  
FSK-StR-Journal Nr. 72, Punkt 2 der Tagesordnung

## **ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER NIEDERLANDE**

Herr Vorsitzender,

ich danke Ihnen für die Einberufung dieser Sitzung und dafür, dass Sie mir das Wort erteilt haben.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen,

die Niederlande schließen sich der im Namen der Europäischen Union abgegebenen Erklärung vollinhaltlich an. Wir unterstützen alle in dieser Erklärung enthaltenen Empfehlungen. Meine Delegation pflegt nicht zu wiederholen, was bereits in unserem Namen gesagt wurde, aber zu diesem speziellen Thema möchte ich mich doch ausdrücklich den Delegationen anschließen, die ihr tiefes Bedauern über die Weigerung der Russischen Föderation zum Ausdruck gebracht haben, eine gehaltvolle, glaubwürdige und substanzielle Antwort auf das berechtigte Ersuchen der Ukraine zu geben. Diese unverblümete Weigerung, das Wiener Dokument als wichtige vertrauensbildende Maßnahme voll auszuschöpfen, ist höchst besorgniserregend und trägt nur noch zusätzlich zu den Spannungen in unserer Region bei, und das zu einer Zeit, in der Deeskalation dringend nötig ist.

---

**85. Gemeinsame Sitzung des StR und des FSK**  
FSK-StR-Journal Nr. 72, Punkt 2 der Tagesordnung**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION LETTLANDS**

Verehrte Vorsitzende,

Lettland schließt sich der im Namen der Europäischen Union abgegebenen Erklärung vollinhaltlich an; ich möchte jedoch als Vertreterin meines Landes noch einige Anmerkungen hinzufügen.

Wir danken dem Vorsitz des Ständigen Rates und dem Vorsitz des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) für die Einberufung dieser Sitzung auf Ersuchen der Ukraine im Einklang mit Kapitel III des Wiener Dokuments.

Das legitime Ersuchen der Ukraine an Russland um Informationen über dessen beispiellosen und massiven militärischen Aufmarsch und seine ungewöhnlichen militärischen Aktivitäten in der und um die Ukraine findet unsere uneingeschränkte Unterstützung.

Lettland verfolgt aufmerksam und mit wachsender Sorge die Sicherheitslage in der Ostukraine, die russischen Truppenbewegungen und den groß angelegten und höchst ungewöhnlichen militärischen Aufmarsch an den Grenzen zur Ukraine einschließlich der ukrainischen Grenze mit Belarus und auf der rechtswidrigen annektierten Halbinsel Krim.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass Lettland aufgrund unserer Besorgnis über den Ernst der Lage gemeinsam mit Litauen und Estland ein ähnliches förmliches Ersuchen um zusätzliche Erklärungen zu den ungewöhnlichen militärischen Aktivitäten in Belarus, einschließlich derjenigen, die gemeinsam mit Russland in unmittelbarer Nähe der ukrainischen Grenze durchgeführt werden, eingereicht hat.

Nach der unbefriedigenden belarussischen Antwort ersuchte Litauen, auch im Namen Lettlands und Estlands, um Konsultationen mit Belarus, die auf den 14. Februar 2022 angesetzt wurden, sowie um eine gemeinsame Sondersitzung des Ständigen Rates und des FSK, die erst vor zwei Tagen stattgefunden hat.

Obwohl es den Dialog aufgenommen hat, was wir als positives Zeichen werten, hat Belarus bedauerlicherweise nicht die von uns erbetenen Informationen über das Ausmaß der laufenden Militärübung, über die beteiligten Hauptwaffensysteme und das beteiligten

Großgerät, über den Zeitrahmen, innerhalb dessen die Formationen und Truppenteile der russischen Streitkräfte an ihre ursprünglichen Standorte in Russland zurückzukehren beabsichtigen, sowie über andere Aspekte, die nicht nur den baltischen Länder, sondern auch anderen OSZE-Teilnehmerstaaten Anlass zu Besorgnis und Beunruhigung geben, vorgelegt.

Während Belarus wie auch viele andere OSZE-Teilnehmerstaaten an den genannten Treffen teilgenommen hat, ist ihnen Russland ferngeblieben. Russland hat auch seine Teilnahme an der groß angelegten gemeinsamen Militärübung mit Belarus nicht gemeldet.

Verehrte Vorsitzende,

wir erleben nun schon zum zweiten Mal in den letzten zwölf Monaten eine Konzentration von Truppen entlang der ukrainischen Grenze und auf dem rechtswidrig besetzten Gebiet der Krim, und es sollte daher eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, dass wir Russland zum Zweck dieser unangekündigten und ungewöhnlichen groß angelegten militärischen Aktivitäten befragen.

Russland und Belarus haben die COVID-19-Pandemie zwar als Vorwand für die Aussetzung von Rüstungskontrollaktivitäten und auch die Ablehnung von Inspektionsersuchen Lettlands genutzt, wodurch sie sich ihren Rüstungskontrollverpflichtungen entzogen haben, doch die Herausforderungen der Pandemie haben sie nicht daran gehindert, eine sehr große Zahl von Truppen zusammenzuziehen.

Die Weigerung der Russischen Föderation, auf das Informationsersuchen der Ukraine in sinnvoller Weise zu reagieren oder an den Konsultationen teilzunehmen, die am 15. Februar 2022 stattfanden, um die Besorgnisse zu zerstreuen, verdeutlicht die wahren Absichten der Russischen Föderation, nämlich die Ukraine bewusst unter Druck zu setzen und die Spannungen in der gesamten Region zu verschärfen.

Wie können wir Russland vertrauen, wenn seine Taten seine Worte Lügen strafen? Diese rhetorische Frage stellen sich Russlands Nachbarn beileibe nicht zum ersten Mal.

Die Achtung international anerkannter Grenzen, die friedliche Lösung von Konflikten, Vertrauen und Transparenz gehören zum Kern der Gründungsprinzipien und Verpflichtungen der OSZE. Das Wiener Dokument, das alle Teilnehmerstaaten unterzeichnet haben, sollte uns ausdrücklich dabei helfen, diese Prinzipien und Verpflichtungen einzuhalten, und seine Mechanismen zur Verminderung der Risiken sind heute von besonderer Bedeutung.

Russland geht jedoch sehr selektiv an seine völkerrechtlichen Verpflichtungen und Rüstungskontrollverpflichtungen heran.

Lettland unterstreicht die Bedeutung von Offenheit und der vollständigen Umsetzung von Rüstungskontrollverträgen und -verpflichtungen. Um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu gewährleisten, müssen die Staaten ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen und Verträge, einschließlich ihrer Verpflichtungen im Bereich der Rüstungskontrolle und des humanitären Völkerrechts, in vollem Umfang einhalten.

In diesem zutiefst beunruhigenden Gesamtkontext unterstützt Lettland nachdrücklich die in der Erklärung der EU dargelegten Empfehlungen zu geeigneten Maßnahmen zur Stabilisierung der Lage und zur Beendigung der Aktivitäten, die Besorgnis auslösen, gemäß Absatz 16.3.1.2 des Wiener Dokuments.

Zusätzlich sollten von der Russischen Föderation Maßnahmen auf Grundlage des OSZE-Dokuments „Stabilisierende Maßnahmen für örtlich begrenzte Krisensituationen“, etwa Transparenzmaßnahmen, ergriffen werden, insbesondere folgende:

1. Bereitstellung regelmäßiger außerordentlicher Informationen über militärische Aktivitäten im Grenzgebiet, einschließlich der Anzahl der militärischen Formationen und Truppenteile sowie deren Standorte, von Einzelheiten zu den relevanten Waffensystemen und der relevanten Ausrüstung sowie zu Personalstärken, von Informationen über die Stationierung von Hauptwaffensystemen und Großgerät im Grenzgebiet sowie detaillierte Informationen über die Kommandostruktur, aufgeschlüsselt bis hinunter zur niedrigstmöglichen Ebene,
2. Durchführung regelmäßiger Unterrichtungen im FSK über militärische Aktivitäten im betreffenden Grenzgebiet,
3. freiwillige Veranstaltung eines Besuchs zur Zerstreung der Besorgnisse über die militärischen Aktivitäten der Russischen Föderation gemäß Absatz 18 des Wiener Dokuments 2011 und Herstellung der zur Deeskalation der Lage notwendigen Transparenz,

Diese Maßnahmen würden zur Vertrauens- und Sicherheitsbildung beitragen und bei der Beseitigung des Misstrauens unter den Teilnehmerstaaten in der Region helfen.

Wir fordern die Russische Föderation eindringlich auf, die Situation zu deeskalieren und konstruktive Konsultationen im Einklang mit den Bestimmungen des Wiener Dokuments über die Verminderung der Risiken aufzunehmen, zu denen sich die Russische Föderation selbst verpflichtet hat.

Lettland bringt noch einmal seine starke und unverbrüchliche Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen zum Ausdruck.

Abschließend möchte ich ein Gedicht der ukrainischen Dichterin Anastasia Dmytruk aus dem Jahr 2014 zitieren, das den Titel „Niemals werden wir Brüder“ trägt. Die Autorin wurde 1991 geboren – in dem Jahr, in dem die Ukraine ihre Unabhängigkeit von der Sowjetunion wiedererlangte. Ich zitiere Auszüge daraus auf Russisch, der Sprache, in der das Gedicht verfasst wurde (deutsche Übersetzung unten):

Никогда мы не будем братьями  
ни по родине, ни по матери.  
Духа нет у вас быть свободными –  
нам не стать с вами даже сводными.

Вы себя окрестили «старшими» –  
нам бы младшими, да не вашими.

Вас так много, а, жаль, безликие.  
Вы огромные, мы – великие.

[...]

А у нас всех глаза бесстрашные,  
без оружия мы опасные.  
Повзрослели и стали смелыми  
все у снайперов под прицелами.

[...]

Вам шлют новые указания –  
а у нас тут огни восстания.  
У вас Царь, у нас – Демократия.  
Никогда мы не будем братьями.

Ich bitte Sie, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

Danke, verehrte Vorsitzende.

Deutsche Übersetzung des Gedichts:

Wir werden niemals Brüder sein,  
wir haben eine andere Heimat, eine andere Mutter.  
Ihr habt nicht den Geist der Freiheit –  
ihr und wir können nicht einmal Halbbrüder sein.

Ihr wollt unser „großer Bruder“ sein –  
wir sind wohl jünger, aber nicht die Euren.  
Ihr seid so viele und seid doch leider so gesichtslos.  
Ihr seid groß, aber wir haben Größe.

[...]

Unsere Augen sind furchtlos,  
Auch unbewaffnet sind wir noch gefährlich.  
Wir sind gewachsen, gereift und mutig geworden  
im Angesicht der Scharfschützen.

[...]

Ihr habt eure ständig neuen Befehle,  
wir das Feuer des Aufstands.  
Ihr habt einen Zaren, wir die Demokratie.  
Wir werden niemals Brüder sein.

---

**85. Gemeinsame Sitzung des StR und des FSK**  
FSK-StR-Journal Nr. 72, Punkt 2 der Tagesordnung**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION ITALIENS**

Verehrte Vorsitzende,

Italien schließt sich der im Namen der Europäischen Union abgegebenen Erklärung an. Ich möchte dem noch einige Anmerkungen in nationaler Eigenschaft hinzufügen.

Italien beteiligt sich intensiv an den internationalen Bemühungen um eine diplomatische Lösung der gegenwärtigen Krise, wie die jüngsten Besuche des Außenministers Luigi Di Maio in der Ukraine und in Russland zeigen. Wir engagieren uns für die Zusammenarbeit, um einen Konflikt zu vermeiden, der verheerende Folgen für den gesamten OSZE-Raum hätte.

In diesem Zusammenhang möchte ich die entscheidende Bedeutung der Arbeit der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine hervorheben und die uneingeschränkte Unterstützung Italiens für die Mission bekräftigen. Wir wissen den Beitrag unserer Beobachterinnen und Beobachter enorm zu schätzen, die vor Ort bleiben, um sicherzustellen, dass die Mission ihre Tätigkeit fortführen und ihr Mandat erfüllen kann.

Wir beobachten die Verschlechterung der Sicherheitslage in der Ukraine weiterhin genau. Russlands militärischer Aufmarsch und seine Truppenbewegungen in der Nähe der Grenze zur Ukraine sowie die verstärkte russische Militärpräsenz und die Marineübungen im Schwarzen Meer und auf der rechtswidrigen annektierten Halbinsel Krim können nicht als normale militärische Aktivitäten betrachtet werden und geben Anlass zu schwerwiegenden Sicherheitsbesorgnissen.

Das Wiener Dokument ist eines der grundlegenden Instrumente, die unserer Organisation zur Verfügung stehen, um diese Probleme anzugehen. Es ist eine der Säulen der Architektur der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen der OSZE. Alle Teilnehmerstaaten haben dem Wiener Dokument zugestimmt, mit dem Ziel einer Verminderung der militärischen Risiken und Fehleinschätzungen. Die gegenwärtige Lage ist ein Musterbeispiel dafür, wann ein solches wertvolles Instrument eingesetzt werden sollte.

Wir sind der Ansicht, dass die vollumfängliche Ausschöpfung des Wiener Dokuments für Russland eine Gelegenheit darstellt, Transparenz zu beweisen und die derzeitigen

Spannungen in der Region zu entschärfen. Die Annahme der von europäischer Seite vorgeschlagenen Empfehlungen wäre ein konkreter Schritt in die richtige Richtung.

Verehrte Vorsitzende, ich ersuche Sie höflich, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

Danke.

---

**85. Gemeinsame Sitzung des StR und des FSK**  
FSK-StR-Journal Nr. 72, Punkt 2 der Tagesordnung**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION IRLANDS**

Danke, verehrte Vorsitzende.

Irland schließt sich der Erklärung der Europäischen Union vollinhaltlich an und möchte in nationaler Eigenschaft folgende Bemerkungen hinzufügen:

Irland begrüßt die Einberufung dieser gemeinsamen Sitzung des Forums für Sicherheitskooperation und des Ständigen Rates durch die Vorsitze Polen und Aserbaidschan auf Ersuchen der Delegation der Ukraine. Wir bringen unsere uneingeschränkte Unterstützung für die Entscheidung der Ukraine zum Ausdruck, den Mechanismus zur Verminderung der Risiken nach Kapitel III des Wiener Dokuments 2011 zu aktivieren.

Wir sind nach wie vor zutiefst besorgt über die alarmierende Sicherheitslage in der und um die Ukraine.

Wir verfolgen sehr genau und mit großer Besorgnis den beispiellosen und groß angelegten militärischen Aufmarsch in der Nähe der Grenze mit der Ukraine, Russlands verstärkte Militärpräsenz im Schwarzen Meer und auf der rechtswidrig annektierten Halbinsel Krim und die Dislozierung von Kampftruppen sowie die gemeinsamen Übungen mit Belarus. Der Umfang dieser Aktivitäten ist besorgniserregend. Wir fordern die Russische Föderation nachdrücklich auf, die notwendigen Schritte zur Deeskalation der Lage zu unternehmen, und sich unverzüglich auf einen vernünftigen Dialog und konstruktive Konsultationen einzulassen. Wir müssen nachhaltige und glaubhafte Schritte vor Ort in Richtung einer Deeskalation feststellen können. Und eine echte Deeskalation bedeutet einen erheblichen Abzug sowohl von Truppen als auch von Ausrüstung.

Wir alle haben als Teilnehmerstaaten das Wiener Dokument unterzeichnet, um militärische Risiken und Fehleinschätzungen zu verringern, das Verständnis von Bedrohungswahrnehmungen zu verbessern und Vertrauen zwischen den Teilnehmerstaaten aufzubauen. Es ist ein wesentliches Element unserer gemeinsamen Sicherheit. Bedauerlicherweise hat Russland keine aussagekräftigen Erklärungen im Einklang mit den Bestimmungen des Wiener Dokuments über die Verminderung von Risiken geliefert.

Wir sind zutiefst enttäuscht, dass die Russische Föderation die von ihr eingegangenen gemeinsamen OSZE-Verpflichtungen in Bezug auf militärische Transparenz missachtet und nicht bereit ist, sich an institutionalisierten und gemeinsam vereinbarten Verfahren zum Abbau von Spannungen und zur Beseitigung von Besorgnissen betreffend ihres derzeitigen militärischen Aufmarsches zu beteiligen.

Diese Weigerung seitens der Russischen Föderation, sich an einem sinnvollen Dialog zu beteiligen, trägt nicht zu den Bemühungen um eine Deeskalation bei. Wir fordern Russland deshalb auf, sich in gutem Glauben auf Grundlage der politisch-militärischen OSZE-Verpflichtungen, die wir alle gemeinsam vereinbart haben, einzubringen.

Verehrte Kovorsitzende, Irlands Unterstützung für die Souveränität, die territoriale Integrität und das Recht der Ukraine, den Weg ihrer Außen- und Sicherheitspolitik selbst zu wählen, ist unverbrüchlich.

Ich ersuche höflich, diese Erklärung dem Journal der Sitzung beizufügen.

---

**85. Gemeinsame Sitzung des StR und des FSK**  
FSK-StR-Journal Nr. 72, Punkt 2 der Tagesordnung**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION GEORGIENS**

Sehr geehrte Kovorsitzende,

obschon sich Georgien der im Namen der Europäischen Union abgegebenen Erklärung vollinhaltlich anschließt, möchte ich als Vertreterin meines Landes noch einige Anmerkungen hinzufügen.

Wir danken den Vorsitzenden des Ständigen Rates und des Forums für Sicherheitskooperation für die Einberufung der heutigen gemeinsamen Sitzung.

Wie wir auf der Sondersitzung am 15. Februar festgestellt haben, sind wir äußerst besorgt über die Mobilmachung der russischen Streitkräfte samt militärischem Gerät in der Ukraine, auch auf der vorübergehend besetzten Krim und rund um das Land. Das Schreiben der Generalsekretärin vom 14. Februar (SEC.GAL/25/22), in dem eine Frühwarnung über die möglichen Eskalationsrisiken ausgesprochen wurde, zeugt vom Ernst der Lage.

Georgien begrüßt die Entscheidung der Ukraine, vom Mechanismus nach Absatz 16.1 des Wiener Dokuments 2011 Gebrauch zu machen und um Klarstellungen in Bezug auf diese ungewöhnlichen militärischen Aktivitäten zu ersuchen. Das Wiener Dokument ist ein wichtiges Instrument zur militärischen Vertrauensbildung zwischen den Teilnehmerstaaten und das am besten geeignete Werkzeug für den Umgang mit Situationen wie dieser. Vor diesem Hintergrund bedauern wir, dass sich die Russische Föderation für die Missachtung ihrer Verpflichtungen entschieden und die von der Ukraine gestellten Fragen nicht beantwortet hat. Darüber hinaus weigerte sich Russland, an der vom Vorsitz organisierten Sitzung am Dienstag und auch an der heutigen Sitzung teilzunehmen.

Die Entscheidung Russlands, nicht teilzunehmen, trägt zu den Besorgnissen über die Absicht und die Art seiner ungewöhnlichen und provozierenden militärischen Aktivitäten bei.

Abschließend möchte ich erneut die unerschütterliche Unterstützung Georgiens für die Souveränität und die territoriale Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen zum Ausdruck bringen.

## **Empfehlungen**

Wir empfehlen, dass alle einschlägigen Bestimmungen des Wiener Dokuments und alle anderen relevanten vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen bestmöglich ausgeschöpft und unverzügliche und wirksame Schritte zur Deeskalation der Lage unternommen werden. Insbesondere empfehlen wir Russland:

- die von der Ukraine in ihren F10-Notifikationen (CBM/UA/22/0014/F10/O) gestellten Fragen zu beantworten und jede andere zweckdienliche Information zur Verfügung zu stellen, um die betreffende Aktivität zu erläutern,
- Besuche im Einklang mit Absatz 18 des Wiener Dokuments und Inspektionen zu veranstalten, um die gegenwärtigen Besorgnisse zu zerstreuen.

Herr Vorsitzender, ich ersuche Sie höflich um Beifügung meiner Erklärung zum Journal des Tages.

Danke.

---

**85. Gemeinsame Sitzung des StR und des FSK**  
FSK-StR-Journal Nr. 72, Punkt 2 der Tagesordnung**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS**

Danke, Herr Vorsitzender. Ich möchte zunächst Ihnen als Amtierendem Vorsitzenden und Ihrem Team für Ihre Bemühungen um die Einberufung einer Reihe von wichtigen und dringenden Treffen, die bedauerlicherweise diese Woche erforderlich waren, danken.

Herr Vorsitzender, wir sind uns der Schwere und des Umfangs der ungewöhnlichen und unvorhergesehenen russischen militärischen Aktivitäten, die entlang der ukrainischen Grenzen und auf der rechtswidrig annektierten Krim durchgeführt werden, voll und ganz bewusst. Und wir sind nach wie vor tief besorgt über die dahinterstehenden Absichten. Russland und niemand anderer hat das feindselige und brüchige Sicherheitsumfeld geschaffen, in dem das Risiko von Fehleinschätzungen jeden Tag steigt. Es wirkt sich destabilisierend auf das gesamten OSZE-Gebiet aus.

Russlands wiederholte Weigerung, sich in den vergangenen drei Monaten mit den berechtigten Besorgnissen der Teilnehmerstaaten zu befassen, lässt für uns nur eine logische Schlussfolgerung zu – dass Russland böartige Absichten hegt.

Herr Vorsitzender, wir stellen klar, dass jedweder militärischer Einfall Russlands in die Ukraine ein schwerer strategischer Fehler und der Preis dafür erheblich wäre. Vor diesem Hintergrund müssen wir der Ukraine unsere Anerkennung für ihre bemerkenswerte Zurückhaltung aussprechen und ihre entschlossenen Bemühungen um die Verminderung der Risiken und die Deeskalation der Spannungen durch die Nutzung dieses Mechanismus uneingeschränkt unterstützen. Sie sind unsere Freunde und Partner.

Herr Vorsitzender, auf dem vom Vorsitz geleiteten Treffen am Dienstag, zu dem 44 Teilnehmerstaaten zusammenkamen, äußerten die Ukraine und eine Reihe anderer Staaten konkrete Besorgnisse und forderten Russland auf, konkrete Fragen zu beantworten. Diese sind im Bericht des Vorsitzes CBM/PL/22/0004/F14/O enthalten und sind leider nach wie vor unbeantwortet. Strebte Russland wirklich eine diplomatische Lösung der Krise an, würde es diese Fragen aufrichtig und konstruktiv beantworten.

Bedauerlicherweise ist die Weigerung Russlands, dies zu tun, ein weiteres Beispiel seines abscheulichen Verhaltens und seiner Missachtung bewährter vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen – Maßnahmen, auf die Russland sich selbst freiwillig

verpflichtet hat. Wir haben gesehen, wie dieses Verhalten auf dem Forum für Sicherheitskooperation am Mittwoch weiter bestätigt wurde, als die russische Delegation erklärte, sie werde heute nicht und auch in Zukunft niemals am Mechanismus zur Verminderung der Risiken nach dem Wiener Dokument teilnehmen.

Obschon von Seiten Russlands bedauerlicherweise bereits ein Präzedenzfall für die Weigerung geschaffen wurde, an Beratungen unter Kapitel III teilzunehmen, betonen wir, dass solche Erklärungen, die offenbar sogar die Möglichkeit ausschließen, Transparenz anzubieten, absolut nicht hinnehmbar sind, die gesamte OSZE untergraben und wir diese auf das Schärfste verurteilen.

Wir fordern Russland auf, zur vollständigen Einhaltung der OSZE-Prinzipien zurückzukehren, seine Verpflichtungen zu erfüllen und dringend Maßnahmen zur Deeskalation zu ergreifen. Wenn Russland das weiterhin unterlässt, stellt dies eine ernste Bedrohung für die Sicherheit des gesamten OSZE-Raums dar, wie sie seit dem Kalten Krieg beispiellos ist.

### **Empfehlungen**

Wir empfehlen, dass:

1. Russland seine Versuche einstellt, diplomatischen Zwang auszuüben, jetzt deeskaliert und sich an einem konstruktiven Dialog beteiligt,
2. Russland anerkennt, dass die OSZE nach wie vor die geeignete und vor allem eine inklusive und auf Gleichberechtigung beruhende Plattform für Erörterungen über die europäische Sicherheit ist, und Russland diesbezüglich am erneuerten europäischen Sicherheitsdialog des Amtierenden Vorsitzenden teilnimmt,
3. Russland zur vollständigen Einhaltung der OSZE-Prinzipien zurückkehrt und seine Verpflichtungen nach dem Wiener Dokument erfüllt, darunter der Mechanismus zur Verminderung der Risiken nach Kapitel III und Transparenz rund um groß angelegte Übungen,
4. Russland die im Bericht des Vorsitzes (CBM/PL/22/0004/F14/O) enthaltenen Fragen unverzüglich beantworten sollte,
5. Russland unverzüglich in den Gebieten an den Grenzen der Ukraine, in denen Anlass zur Besorgnis besteht, im Einklang mit Absatz 18 des Wiener Dokuments, einen Besuch veranstalten sollte,
6. Russland sein Hoheitsgebiet wieder für Verifikationsaktivitäten nach dem Wiener Dokument öffnen sollte, auch für Inspektionen bezeichneter Gebiete.

Ich ersuche um Aufnahme dieser Erklärung und dieser Empfehlungen als Anhang in das Journal des Tages.



**Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa**  
**Ständiger Rat**  
**Forum für Sicherheitskooperation**

FSC-PC.JOUR/72  
18 February 2022  
Annex 19

GERMAN  
Original: ENGLISH

---

**85. Gemeinsame Sitzung des StR und des FSK**  
FSK-StR-Journal Nr. 72, Punkt 2 der Tagesordnung

## **ERKLÄRUNG DER DELEGATION NORWEGENS**

Verehrte Vorsitzende,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Norwegen hat sich der Erklärung im Namen der Europäischen Union angeschlossen und unterstützt deren Inhalt und die darin enthaltenen Empfehlungen vollumfänglich. Ich möchte jedoch als Vertreterin meines Landes Folgendes betonen:

Wir sind enttäuscht, dass Russland die in den verschiedenen Notifikationen und Erklärungen gestellten Fragen nicht beantwortet hat und auch über seine Entscheidung, nicht an den Treffen vom Dienstag und von heute teilzunehmen. Wir sind zutiefst besorgt über die Missachtung von Geist und Buchstabe des Wiener Dokuments durch die Russische Föderation, einschließlich des Mechanismus zur Verminderung der Risiken nach Kapitel III Absatz 16.

Der militärische Aufmarsch in der und um die Ukraine und die Brandreden, die aus Moskau kommen, sind zutiefst beunruhigend. Die russische Regierung hat ganz klar die Möglichkeit, sich für die Diplomatie zu entscheiden.

Norwegen teilt die berechtigten Sicherheitsbesorgnisse der Ukraine über die ungewöhnlichen und unvorhergesehenen militärischen Aktivitäten der Russischen Föderation in der Nähe der ukrainischen Grenze.

Die Sicherheitslage ist alarmierend – nicht nur für die Menschen der Ukraine, sondern auch für die Menschen in der Russischen Föderation und im gesamten OSZE-Raum. Wir müssen von den zur Verfügung stehenden Instrumenten zur Deeskalation der Lage Gebrauch machen. Wir legen Russland deshalb nahe und fordern es ausdrücklich auf, an den Verhandlungstisch zu kommen, einen Dialog zu führen, die gestellten Fragen zu beantworten, Transparenz walten zu lassen und sich an der Umsetzung des Wiener Dokuments zu beteiligen.

Die Missachtung der OSZE-Verpflichtungen und -Mechanismen, die wir derzeit seitens der Russischen Föderation beobachten, trägt weiter zur Erosion des Vertrauens in den bilateralen und multilateralen Beziehungen bei und untergräbt das Konzept der gleichen und unteilbaren Sicherheit in Europa.

Ich schließe mich uneingeschränkt der Aussage meiner schwedischen Kollegin an, dass nicht ein Teilnehmerstaat eigenmächtig darüber entscheiden kann, wann das Wiener Dokument zu Anwendung kommt. Das betrifft uns alle gemeinsam.

Danke.



**Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa**  
**Ständiger Rat**  
**Forum für Sicherheitskooperation**

FSC-PC.JOUR/72  
18 February 2022  
Annex 20

GERMAN  
Original: ENGLISH

---

**85. Gemeinsame Sitzung des StR und des FSK**  
FSK-StR-Journal Nr. 72, Punkt 2 der Tagesordnung

## **ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER TÜRKEI**

Danke, Herr Vorsitzender,

wie wir bereits auf dem Treffen, das gemäß Kapitel III Absatz 16 des Wiener Dokuments am 15. Februar 2022 abgehalten wurde, betont haben, unterstützt mein Land nachdrücklich die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine, einschließlich der Krim und ihrer Hoheitsgewässer.

Die Unabhängigkeit, Souveränität und politische Einheit der Ukraine im Einklang mit den OSZE-Verpflichtungen und dem Völkerrecht müssen geachtet werden.

Wir erleben eine Krise, die erfordert, dass alle zurückhaltend vorgehen. Die Kanäle für den Dialog sollten offen gehalten werden. Alle Teilnehmerstaaten – ohne Ausnahme – sollten sich auf die Diplomatie konzentrieren und besonnen vorgehen. Wir müssen kluge und vorsichtige Schritte unternehmen, um die derzeitigen Spannungen abzubauen.

Mein Land wird sich weiterhin konstruktiv an allen diplomatischen Bemühungen um eine Deeskalation der Spannungen beteiligen und einen konstruktiven Beitrag leisten. In der Zwischenzeit werden wir auch unsere bilateralen Gespräche fortsetzen und mit allen maßgeblichen Seiten in Kontakt bleiben – auf allen Ebenen und bei jeder sich bietenden Gelegenheit.

Die OSZE ist eine geeignete Plattform für den Dialog und Konsultationsprozesse. Der vom polnischen Vorsitz in Gang gesetzte Prozess des erneuerten europäischen Sicherheitsdialogs der OSZE bietet dafür eine gemeinsame Grundlage. Wir fordern alle Teilnehmerstaaten auf, die Gelegenheit zu nutzen und sich aktiv und in gutem Glauben einzubringen.

Abgesehen davon müssen alle maßgeblichen Mechanismen der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen (VSBM), einschließlich derjenigen im Zusammenhang mit dem Wiener Dokument, voll ausgeschöpft werden. Wie in der Charta von Istanbul 1999 festgelegt, ist die Sicherheit jedes Teilnehmerstaats untrennbar mit der aller anderen verbunden.

Transparenz ist essentiell für die Verminderung von Risiken und die Verhütung von Zwischenfällen. Das Wiener Dokument ist ein wertvolles Instrument für uns alle, um in Bezug auf jedwede ungewöhnliche und unvorhergesehene Aktivitäten der Streitkräfte außerhalb ihrer normalen Friedensstandorte einander zu konsultieren und zusammenzuarbeiten.

Tatsächlich haben die jüngsten Entwicklungen bewiesen, dass unsere VSBM-Instrumente in der politisch-militärischen Dimension immer noch aktuell und von Nutzen sind.

Diesbezüglich möchten wir betonen, dass die türkische Regierung ihre präzise und sensitive Umsetzung des Abkommens von Montreux weiterhin vollständig im Einklang mit dessen Geist und Buchstabe fortsetzen wird.

Herr Vorsitzender,

als wir erstmalig im Konsens die Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine (SMM) einrichteten, war es unser wichtigstes Ziel, Spannungen abzubauen und Frieden, Stabilität und Sicherheit zu fördern, wie es in dem Beschluss Nr. 1117 des Ständigen Rates niedergelegt ist. Dieses Ziel ist heute von noch größerer Bedeutung und es so schnell wie möglich zu erreichen, noch wichtiger.

Deshalb betonen wir noch einmal unsere unverbrüchliche Unterstützung der SMM, die unparteiisch und transparent arbeitet.

Besonders in diesen Tagen – unter den gegebenen Umständen – ist die Anwesenheit der SMM in der Ukraine essentiell, um objektiv über die Tatsachen vor Ort zu berichten.

Wir dürfen alle noch einmal daran erinnern: Es zählen die Fakten. Deshalb sollten wir Schaden von der SMM und ihren Beobachterinnen und Beobachtern abwenden.

Ich ersuche höflich um die Aufnahme meiner Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.



**Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa**  
**Ständiger Rat**  
**Forum für Sicherheitskooperation**

FSC-PC.JOUR/72  
18 February 2022  
Annex 21

GERMAN  
Original: ENGLISH

---

**85. Gemeinsame Sitzung des StR und des FSK**  
FSK-StR-Journal Nr. 72, Punkt 2 der Tagesordnung

## **ERKLÄRUNG DER DELEGATION ESTLANDS**

Ich danke den Vorsitzenden des Ständigen Rates der OSZE und des Forums für Sicherheitskooperation für die Einberufung der heutigen gemeinsamen Sondersitzung.

Estland schließt sich der Erklärung im Namen der EU-Mitgliedstaaten vollinhaltlich an, einschließlich der darin enthaltenen Empfehlungen. Zusätzlich möchte ich noch einige Anmerkungen als Vertreter meines Landes hinzufügen.

Ich wiederhole, dass Estland die Ukraine vorbehaltlos darin unterstützt, den Konsultationsprozess nach Kapitel III des Wiener Dokuments in Gang zu setzen. Unser gemeinsames Ziel ist es, die Spannungen abzubauen, die durch die ungewöhnlichen und unvorhergesehenen militärischen Aktivitäten Russlands rund um die Grenzen der Ukraine und auf der widerrechtlich besetzten Krim verschärft wurden. Wir verlangen Klarstellungen, um Transparenz sicherzustellen und eine Erklärung für diese Aktivitäten zu erhalten. Wir bedauern zutiefst, dass sich Russland bewusst und in voller Absicht entschieden hat, sich nicht am Mechanismus zur Verminderung der Risiken nach dem Wiener Dokument zu beteiligen und damit guten Willen und guten Glauben im Hinblick auf den Abbau der Spannungen in der Region zu zeigen. Diese Kooperationsverweigerung erschwert die Lage zusätzlich.

Trotz der zahlreichen Appelle, eine Deeskalation anzustreben, die von einer großen Anzahl von OSZE-Teilnehmerstaaten auf mehreren Treffen diese Woche geäußert wurden, setzt Russland seinen Aufmarsch von Streitkräften samt Ausrüstung in den Gebieten, die an das Territorium der Ukraine grenzen und auf der widerrechtlich annektierten Krim fort.

Die Bedeutung der Auswirkungen dieser Lage ist keine theoretische Frage. Erst gestern, während des Treffens des Ständigen Rates, erhielten wir die Nachricht über den Beschuss eines Kindergartens in Stanyzja Luhanska durch die von Russland unterstützten Kämpferinnen und Kämpfer. Heute legte die Ukraine Beweise für eine Reihe anderer solcher gefährlicher Zwischenfälle vor.

Russlands Vorgehen stellt nicht nur für die Ukraine eine Bedrohung dar, sondern auch für die gesamte europäischen Sicherheit. Wir fordern Russland auf, die Lage zu deeskalieren und Antworten nach dem Mechanismus zur Verminderung der Risiken unter dem Wiener

Dokument zu geben, gemäß dem ukrainischen Ersuchen und wie es auch von einer großen Anzahl von Teilnehmerstaaten auf dem Konsultationstreffen am Dienstag und auf der heutigen gemeinsamen Sondersitzung unterstützt wurde.

Wir empfehlen der Russischen Föderation, sich konstruktiv an den Dialogprozessen in der OSZE zu beteiligen und konkrete Schritte zu unternehmen, um die Lage umzukehren, die Spannungen in der Region abzubauen und Vertrauen aufzubauen. Eine echte Beteiligung am Dialog und an den Mechanismen des Wiener Dokuments wäre ein natürlicher Weg für Russland zu beweisen, dass sein bekundetes Interesse an diplomatischen Lösungen ernst gemeint ist.